Uwe Danker/Jürgen Weber
Der 8. Mai 1985 in Schleswig-Holstein

Dieser Aufsatz versucht, ziemlich umfassend zu dokumentieren, wie Schleswig-Holstein den 8. 5. 1985, die 40. Wiederkehr der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, beging. Dieser Jahrestag des Kriegsendes wurde bundesweit mit mehr Aufwand inszeniert als seine Vorläufer, etwa der 20., 25. oder 30. Der 8. 5. 1985 war ein deutscher Gedenktag. Würde 40 Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft, auf der Basis von grundsätzlichen Einigungen, für alle verbindlichen Feststellungen ein gemeinsames Gedenken der (Bundes-)Deutschen gelingen oder würden Streitigkeiten um die Interpretation des Kriegsendes der deutschen NS-Geschichte ausbrechen bis hin zu Instrumentalisierungen des Gedenktages? Anders gefragt, würde es ein allgemeines Bedürfnis sein, zu gedenken, zu bilanzieren und zu folgern, oder würden Verkrampfung, Peinlichkeit, Verdrängung und Vernebelung das bundesdeutsche Erinnern beherrschen?

Schon die Dokumentation der Ereignisse des 8. Mai 1985 wird widerspiegeln den Grad der Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Dabei interessiert nicht nur das Handeln von Präsident, Kanzler und Kandidat sowie einigen Minderheiten: 60 Millionen Deutsche lebten im NS-Deutschland, 60 Millionen Deutsche leben heute in der Bundesrepublik; Juden leben (fast) nicht mehr hier, Denkmäler für gefallene Soldaten gibt es in jeder Kommune; Hitler wußte noch 1944 die Mehrheit der Deutschen hinter sich, die überwiegende Mehrheit der Bundesdeutschen und ihrer politischen Repräsentanten verhalten sich heute demokratischen Regeln gemäß – der Nationalsozialismus, sein Ende und seine Nachfolge sind Themen aller.

Schleswig-Holstein ist ein deutsches Bundesland. Für diesen regional abgegrenzten Bereich läßt sich eine Bestandsaufnahme der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten in einer deutschen Provinz, dort also wo die Menschen leben, realisieren. Es gibt Gründe für die besondere Bedeutung Schleswig-Holsteins im Zusammenhang mit dem 8. Mai:

1. hierher strömte ein großer Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen
2. hierher strömte ein nicht geringer Teil noch nicht demobilisierter Soldaten Anfang Mai
3. hier hatte die letzte Regierung Nazideutschlands ihren Sitz
4. hier entstand ein beliebtes Residuum ehemaliger NS-Funktionäre.

Bundesebene

Bevor wir uns dem 8. Mai 1985 in Schleswig-Holstein zuwenden, sei ein kurzes Augenmerk auf die bundespolitische Abwicklung des Gedenktages, auf seine staatspolitische Seite also, gerichtet, das im folgenden ein Vergleichen und Messen zuläßt; denn Maßstäbe wurden gesetzt in Bonn, in Bitburg, in Bergen-Belsen, in Nürnberg und in Nesselwang. Maßstäbe in Form und Inhalt.

Zur Erinnerung: im Zusammenhang mit dem Deutschlandbesuch des amerikanischen Präsidenten regte der Bundeskanzler einen Besuch des deutschen Soldatenfriedhofs in Bitburg an. Daß dort auch ehemalige SS-Angehörige begraben liegen,

führte vor allem in den USA zu einer Debatte, während sich die Bundesregierung in der *„Unbefangenheit der verfolgenden Unschuld"* (Rudolf Hartung, TAZ, 8. 5. 1985) suhlte. Konsequenz: nachträglich und zusätzlich wurde in das Programm ein Besuch des ehemaligen KZ Bergen-Belsen aufgenommen. Dort führte Präsident Reagan u. a. aus: *„Das gräßliche Unheil, das von einem Menschen ausging – ein Unheil, das mit seiner Zerstörung Leid über die ganze Welt brachte –, bedeutete für die Millionen von Menschen, die in den grauenvollen Abgrund dieser Lage gestoßen wurden, eine namenlose Qual."* Der amerikanische Präsident lieferte damit die vollendete Reduktion des Nationalsozialismus auf die Person Hitler. Folglich konnte er, immer noch in Bergen-Belsen, das peinliche Lob aussprechen: *„Ihr Land und das deutsche Volk waren mit Stärke und Entschiedenheit bereit, sich mit den Taten eines verhaßten Regimes der Vergangenheit auseinanderzusetzen und sie zu verdammen. Hierin kommen der Mut und der Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit zum Ausdruck, den Ihr Volk nach dem Krieg bewiesen hat."* Wenn dem so gewesen wäre, warum protestierten vor Ort Überlebende des Konzentrationslagers, unter ihnen auch Opfer, die bis heute um Entschädigungen und Wiedergutmachung – welche Wortschöpfung! – kämpfen müssen?

Die internationale Debatte um den Bitburg-Besuch verletzte insbesondere den in diesen Wahlkreis beheimateten, inzwischen verstorbenen Abgeordneten und Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, tief. Anfang Mai 1985 hielt er in New York als erster deutscher Politiker vor dem American Jewish Commitee eine beachtliche und von persönlicher Betroffenheit gekennzeichnete Rede. In ihr findet sich jedoch auch der folgende, für Beiträge aus dem bürgerlich-konservativen Spektrum typisch erscheinende Satz: *„Viele deutsche Soldaten, vor allem an der Westfront, empfanden in den letzten Kriegsjahren einen wachsenden Loyalitätskonflikt zwischen patriotischer Pflicht und christlicher Ethik, der in der Revolte des 20. Juli 1944 seinen tragischen Ausdruck fand."*

Wir stören uns nicht an dem Verweis auf den 20. Juli. Wir stören uns an der – vermutlich sogar realistischen – Begrenzung des ethisch begründeten Loyalitätskonflikts auf die Westfront: Besonders ‚inhuman' zeigte sich schließlich die deutsche Wehrmacht im Osten, im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion; 20 Millionen Sowjetbürger verloren ihr Leben – ethische Hemmungen hätten hier doch wohl zuerst einsetzen müssen. Ohne es auszusprechen, meint Mertes, wie viele andere Konservative auch, etwas anderes, die Verbundenheit mit dem Westen und die tiefe Ablehnung des ‚Bolschewismus'. Hier lebt der von den Nationalsozialisten perfektionierte Antibolschewismus fort und in Ansätzen auch die Idee des gemeinsamen Abschlußfeldzuges der westlichen Alliierten mit den Deutschen gegen die Sowjetunion. Eine Idee, die nicht zuletzt noch immer der Verdrängung derjenigen zugrunde liegt, die nicht aussprechen können, daß Auschwitz von sowjetischen Soldaten, Befehlsempfängern Stalins zudem, befreit werden mußte. Die Unfä-

higkeit, die von Deutschen im Osten begangenen Greuel auch nur zu sehen, demonstriert sich in immer neuen Versuchen, Hitler und Stalin als allmächtige Einzelakteure gleichzumachen und damit Osteuropa 1939 bis 1945 zu einer Region des moralischen Nichts werden zu lassen. Bemerkenswert am Rande: in der bayrischen Landesvertretung in Bonn durfte Ende April 1985 der Grazer Professor Ernst Topitsch sein Buch „Stalins Krieg" der Öffentlichkeit vorstellen, das Hitler und den deutschen Nationalsozialismus als Instrumente der sowjetischen Langzeitstrategie herleitet: *„So läßt sich der Zweite Weltkrieg – recht eigentlich ‚Stalins Krieg' – in den Zusammenhang einer umfassenden Langzeitstrategie einordnen, die sich schwerpunktmäßig gegen die Westmächte als die eigentlichen Bastionen des ‚Kapitalismus' und ‚Imperialismus' richtet."*

Ein anderes Charakteristikum konservativer Verdrängung ist die ohne Beachtung von Ursache und Wirkung eingebrachte Betonung der Unfreiheit jenseits des ‚Eisernen Vorhangs' und die der ‚Vertreibung' (gemeint ist damit immer die Vertreibung der Deutschen 1945 ff.). Das Deutschlandtreffen der Schlesier im Juni 1985 trug zunächst das Motto: *„40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser."* Erst als Kanzler Kohl seine Teilnahme wegen des revanchistischen Titels in Frage stellte, wurde er umgewandelt in: *„40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft – im Europa freier Völker."* Der europäische Mantel wirkt moderat. In der Sache ändert er wenig.

„40 Jahre Vertreibung – seit 40 Jahren Frieden in Schlesien und in unserer neuen Heimat." Daß dieser Titel so undenkbar erscheint, ist eine Folge von 40 Jahren Verdrängung der Ursachen der neuen politischen Realität, unterlassener breiter Aussöhnung; daß das ursprüngliche Motto geändert wurde, ist immerhin ein Ausdruck für das Bestreben, die Politik der Bundesrepublik an den nun einmal geltenden Verträgen zu orientieren, auch wenn manche Schlesier am liebsten ihre Trachten anzögen und 'gen ‚Heimat' zögen!

Kurz erinnert werden soll hier auch an grundsätzliche Erklärungen der großen Kirchen. Während der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Lohse, zu weiteren Versöhnungsschritten in Richtung Osten aufrief, sprach der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, im selben ökumenischen Gottesdienst ganz andere, aber klare Worte: „. . . *Wir sollten vergangene Schuld und gegenseitig zugefügtes Unrecht nicht immer wieder selbstquälerisch hervorholen, nicht Schuld gegen Schuld aufrechnen, sie nicht als Waffe gegeneinander gebrauchen. Alle Schuld ist im Erbarmen Jesu Christi aufgehoben, der uns zu beten lehrt: ‚Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern'."* Wenn der Persilschein doch so einfach zu erhalten wäre, wer wollte dann nicht Katholik sein? Sicher ist aber, daß Höffner für viele Deutsche sprechen konnte. – Es mache sich übrigens keiner etwas vor, 40 Jahre Verdrängung, das geht nicht spurlos am vegetativen Nervensystem vorbei, da wird ein Endpunkt, endlich der Freispruch, zur Frage der Gesundheit!

Wir wollen noch zwei weitere Symbole des Mai 1985 erwähnen, zwei gegensätzliche und doch bezeichnende: sie sind verbunden mit den Ortsnamen Nesselwang im Allgäu und Dachau, ebenfalls im Bayrischen. In Nesselwang fanden Anfang Mai zwei SS-Kameradschaftstreffen statt; Kommune und Kreis des freiheitlichen Freistaats sahen sich außerstande, diese Aufmärsche von Altnazis zu verbieten. In Dachau gedachten 5000 Menschen, unter ihnen viele ehemalige Häftlinge, der Befreiung des Konzentrationslagers durch die Amerikaner; dabei fiel auf, daß Landes- und Bundesregierung sich lediglich durch einen bayrischen Staatssekretär vertreten ließen, und es erlangte Medienaufmerksamkeit, daß die örtliche CSU die Errichtung einer internationalen Begegnungsstätte der Versöhnung ablehnt, weil sie darin *„keinen Nutzen, sondern nur Schaden für die Stadt"* sieht. (Kieler Nachrichten, 15. 4. 1985)

Maßstäbe

Vier richtungsweisende Interpretationen des 8. Mai seien noch in Erinnerung gebracht. Gern hätten wir eine grundsätzliche Stellungnahme des Regierungschefs vorgestellt – indes, es liegt keine vor. Was er zweimal in Bergen-Belsen ausführte, ist beliebiges Nichts. *„Zwölf Jahre lang war das Licht der Menschlichkeit in Deutschland und in einem Teil der Jahre in Europa von allgegenwärtiger Gewalt verdeckt."* (Bulletin, 23. 4. 1985) Wenn Helmut Kohl Überlegungen auf den Punkt brachte, dann wurde es peinlich. In Israel sprach er von der *„Gnade der späten Geburt"*, was besagen sollte, daß er ein deutscher Historiker ist, der unabhängig von der deutschen Geschichte deutsche Geschicke leitet. Auf dem deutschen Bankentag am 26. 3. 1985 forderte Dr. Kohl hingegen die versammelten Banker zu mehr Optimismus auf, indem er spontan einen historischen Vergleich anstellte: *„Was im Konzentrationslager Flossenbürg möglich war, müßte heute auf einem Bankentag oder anderswo auch möglich sein."* (Bulletin, 2. 4. 1985) Sein Regierungssprecher, noch der wortgewandte Peter Boenisch, erläuterte diesen Satz vor der Bundespressekonferenz, damit kein Mißverständnis verbleiben könnte: *„Es war doch nur, wenn Sie so wollen, eine Attacke auf die in diesem Lande manchmal reichlich anzutreffende Miesmacherei."*

Maßstäbe setzten andere. Der Bundespräsident von Weizsäcker in seiner Rede vor dem deutschen Bundestag, die Sozialdemokraten in Nürnberg im Rahmen eines ‚Friedensgesprächs', die Aktion Sühnezeichen der DDR und die der Bundesrepublik sowie der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in einer Grundsatzrede vor dem Bund der Vertriebenen.

Weizsäcker schloß am 8. 5. 1985: *„Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge."* Zuvor hatte er den 8. Mai für viele seiner Zuhörer auf unbequeme Weise beleuchtet, indem er versuchte, für alle Deutschen zu sprechen. Zunächst billigte er den *„meisten Deutschen"* zu, geglaubt zu haben, *„für die gute Sache des eigenen Landes"* zu kämpfen. Im weiteren Verlauf wurde er eindeutig: *„Wer*

konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, den unaufhörlichen Schändungen der menschlichen Würde?" Und weiter: *„Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah."* Weizsäcker lehnt die ‚Kollektivschuldthese' ab. *„Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich."* Aber: *„Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren."* Dieser Satz war offensichtlich an jene gerichtet, die es mit dem oben zitierten Kardinal halten. Und ebenfalls an konservative Kreise gerichtet war der Absatz über Flucht und Vertreibung: *„Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen."* Zwar stellte dennoch die Vertreibung *„bitteres Leid und Unrecht"* dar, aber die Betroffenen hätten *„selbst eine neue Heimat gefunden"*. Auch die im Rahmen der Westwanderung nachgefolgten Polen und Sowjets seien nicht freiwillig gezogen. Streitigkeiten um Rechtsansprüche gerieten heute anachronistisch: *„Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen."*

Für den Bundespräsidenten war der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung. *„Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft."*

Das *„uns alle"* modifizierte er sehr differenziert. Man gedenke *„aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft"*, jedoch *„insbesondere der sechs Millionen Juden"*, die ermordet wurden. Man gedenke *„aller Völker, die im Krieg gelitten haben"*, *„vor allem"* aber *„der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben"*. Weizsäcker erwähnte die deutschen Soldaten, die Opfer der Zivilbevölkerung, nannte aber ausdrücklich auch die oft vergessenen *„ermordeten Sinti und Roma"* und gedachte *„der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten"*. Die *„erschossenen Geiseln"* und *„die Opfer des Widerstandes"* in den *„von uns (!) besetzten Staaten"* – so einfach ‚von uns' sich spricht, diese Sprache deutet eigene Betroffenheit und Scham an ohne den bequemen Verweis auf ‚die Nazis'. Und weiter: *„Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des*

Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten." Die ausdrückliche Einbeziehung des kommunistischen Widerstandes – auch dieses deutlich ins Stammbuch der eigenen, christlichen Partei! Eine weitere Überraschung bot die Überleitung zu dem häufig mißbrauchten und verklärt dargestellten Mythos der ‚Trümmerfrauen': *„Den vielleicht größten Teil dessen, was den Menschen aufgeladen war, haben die Frauen der Völker getragen... Sie haben in den dunkelsten Jahren das Licht der Humanität vor dem Erlöschen bewahrt."*

Da sprach einer, der ethisch zu differenzieren versteht, der sich ehrlich bemühte, umfassend zu denken. Ein Bundespräsident. Dennoch: defizitär bleibt sein Beitrag im Bereich des von ihm selbst eingebrachten 30. 1. 1933. Wer das Leid zu differenzieren versteht, der sollte auch die Schuld und Verantwortlichkeit gewichten: die Benennung der Verantwortlichkeit der deutschen Herrschafts- und Wirtschaftseliten vermißt man ebenso wie die Erwähnung der mehrheitlichen Billigung des Nationalsozialismus. Dabei ist gerade die Banalität des Bösen, des Unvorstellbaren so interessant wie wichtig für die Gegenwart, die der Zukunft eine Wiederholung ersparen soll und genügend eigene Probleme zu lösen hat. Genau hier wird Weizsäckers Rede schwach: *„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltweit geachteter Staat geworden. Sie gehört zu den hochentwickelten Industrieländern der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen."* Dieses bißchen Wissen um Mitverantwortung, die lächerlich geringen Anteile an Entwicklungshilfe, das sollen die positiven Konsequenzen und heilsamen Lehren des deutschen Abgrunds sein? Diese Normalität des Egoismus hochentwickelter und hochinformierter Industrienationen soll alles sein, was Bundesdeutsche aus ihrer Vorgeschichte zu lernen, wiedergutzumachen hatten? – Ganz zu schweigen von deutschen Waffen in der Welt und dem System der Weltwirtschaft, das mit Hunger verbunden ist. – Die Selbstgefälligkeit im zitierten Exkurs des Präsidenten mißfällt.

Die SPD legte ihr „Nürnberger Manifest" vor, mit dem sie als *„älteste politische Kraft der Bundesrepublik"* den Versuch unternahm, sich *„allen Aspekten dieses historischen Datums"* zu stellen. Weiter formulierte sie den Anspruch, *„für alle Bürger der Bundesrepublik"* zu sprechen. Denn: *„Die gegenwärtige Bundesregierung erscheint unfähig, den historischen und politischen Sinn des 8. Mai 1945 für die Deutschen angemessen zu formulieren."*

Das „Friedensgespräch" von Nürnberg führte Delegationen aus Auschwitz, Coventry, Dresden, Köln, Lidice, Wolgograd, Leningrad, Minsk, Oradur, Villeneuve d'Ascq, Rotterdam und Warschau zusammen. Entsprechend der gegenwartsbezogenen Intention spricht das Manifest vor allem von den Konsequenzen des 8. 5. 1945. Als Empfindungen der *„meisten Deut-*

schen" am Tag der Kapitulation werden *„ein Gefühl der Erleichterung, ja der Befreiung"*, zudem *„Trauer um Millionen Tote und Verstümmelte, die Opfer von Krieg, Verfolgung und Rassenwahn, die Opfer von Vertreibung, die Deutsche ins Werk gesetzt und später selbst erlitten hatten, Trauer um verlorene Heimat und zerstörte Städte"* genannt. Als dritte Empfindung folgt *„Scham über die Verbrechen, die von Deutschen begangen worden waren"*.

Es ist wieder nicht distanziert von Nazis, sondern von Deutschen die Rede. Allerdings waren nicht alle *„gleich schuldig an der Barbarei, die Deutsche entfesselt hatten"*. Die ersten Opfer des Nationalsozialismus stellte der deutsche Widerstand, der *„Zeugnis für ein anderes Deutschland"* gab. *„Aber alle – von den Konservativen bis zu den Kommunisten – hatten Grund, sich über eigene Irrtümer, eigene Versäumnisse und eigenes Versagen Rechenschaft abzulegen."* Hier beziehen sich die Sozialdemokraten ausdrücklich mit ein. Es *„mußten sich auch die Sozialdemokraten fragen, ob sie alles getan hatten, um nationalistischer Revanchepolitik die Machtbasis zu entziehen und um die Kraft der Arbeiterbewegung zur Verteidigung der ersten deutschen Republik zur Geltung zu bringen"*. Die Bundesrepublik wird verstanden als Realisierung der Chance eines demokratischen Neuanfangs. *„Die erste stabile Demokratie auf deutschem Boden kann sich als durchaus normaler demokratischer Industriestaat sehen lassen."*

Und wieder unsere Frage, ob Normalität als Konsequenz des Anormalen hinreichen kann.

Sozialdemokraten arbeiten nach ihrem Selbstverständnis im Staat der Bundesrepublik *„für den demokratischen Sozialismus und damit dafür, dem Faschismus die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen"*. Das bedeutet neben dem Bekenntnis, *„Demokratie als Ordnungsprinzip von Gesellschaft und Wirtschaft durchzusetzen"*, auch die Konsequenz, *„noch mehr als zwischen den beiden Weltkriegen ein vereinigtes Europa anzustreben"*. Die Vertriebenen hatten *„stellvertretend für uns alle"* zu bezahlen. *„Für eine menschenverachtende Expansionspolitik, die sich anschickte, ganze Völker, besonders das polnische und russische, zu versklaven, große Teile zu vertreiben, ihre Führungsschichten auszurotten."* Ihre Vertreibung bleibe dennoch *„Unrecht"*. Aber: *„Friede ist in Europa nur möglich, wenn niemand mehr an den Grenzen rüttelt, die als – für alle Deutschen schmerzliches – Resultat nazistischer Gewaltpolitik entstanden sind."* Die Anerkennung der bestehenden Grenzen ist nur die erste Konsequenz. Heute gehe es darum, *„aus Feinden Gegner und aus Gegnern Partner einer neuen Friedensordnung zu machen"*. Die Notwendigkeit einer neuen Friedensordnung begründe sich daraus, daß Europa den Zweiten Weltkrieg nur deshalb überlebte, weil *„Hitler noch auf keine der Massenvernichtungsmittel zurückgreifen konnte, die inzwischen in Ost und West angehäuft wurden"*. Die Konsequenz im Nürnberger Manifest: das Konzept der Sicherheitspartnerschaft und die ausschließliche Konzentration auf *„militärische Anstrengungen"*, *„die auch von der anderen Seite als defensiv empfunden werden können"*.

Das Manifest der SPD beschränkt sich deutlich. Es schweigt beispielsweise zur Frage von Kontinuiäten, es schweigt zu umstrittenen Nachkriegsleistungen sozialdemokratischer Politik wie dem ‚Extremistenbeschluß' oder dem Nato-Doppelbeschluß, die uns dem Manifest zu widersprechen scheinen. Aber immerhin, die SPD war die einzige Partei, die sich – zudem ohne Selbstgefälligkeit – bemühte, aus dem Gedenktag Handlungsbezüge für zukünftige Politik herzuleiten. Das war im Mai 1985 ein deutlicher Kontrast zum Unwohlsein von Christdemokraten und zu den selbstgefälligen Jubelfeiern der SED, die den Bürgern ihrer Republik vor allem einen arbeitsfreien Tag kredenzte und ansonsten mit Hilfe des Mittels der Projektion auf die Sowjetunion eine NS-freie Geschichte der Länder Preußen und Sachsen gebar – Verdrängung auf realsozialistisch.

Die gemeinsame Erklärung der Aktion Sühnezeichen Ost und West beginnt unter Bezugnahme auf die leidvollen Begleitumstände der Besetzung Deutschlands 1945: *„Das große Leiden begann nicht 1945, sondern 1933, und fand eine Fortsetzung 1938 (Judenpogrom), 1939 (Einmarsch in Polen), 1941 (Überfall auf die Sowjetunion)."* Und weiter: *„Unser Volk wurde schuldig, und nur ein Teil des von uns verursachten Leides ist auf uns zurückgefallen."* Im wesentlichen handele es sich mit dem 8. Mai 1945 um den Tag, *„der auch unserem Volk die Freiheit vom Faschismus brachte"*.

Die Deutschen wurden befreit vom Krieg, dessen deutscher Endsieg *„das Ende aller menschlichen Werte"* gebracht hätte, vom politischen System, das staatlicher Terror kennzeichnete, von der *„Herrenmenschenideologie"* und befreit von der *„Abwertung anderer Völker"*, von Rassenwahn, *„von der Ausrottung behinderter Menschen"*, auch *„befreit von einer bevorstehenden Christenverfolgung"*. Defizite der Aussöhnung seien noch heute zu beklagen. So habe man die *„wirkliche Begegnung mit dem Judentum"* noch vor sich. Sühnezeichen entnimmt dem Gedenken an die Befreiung eine besondere Verpflichtung der Deutschen in beiden Staaten für die Gegenwart. Auch Schweigen habe vor vierzig Jahren schuldig gemacht. Das verpflichte *„uns": „wo auch immer, öffentlich und mit Zivilcourage gegen Unrecht und Lüge aufzutreten, für erkannte Wahrheit einzustehen und uns an die Seite derer zu stellen, die verleumdet, verachtet und benachteiligt werden"*.

Die Regierungen der beiden deutschen Staaten werden aufgefordert, aufgrund ihrer gemeinsamen Vorgeschichte im Sinne des Schwurs *„Nie wieder Krieg"* ein Zeichen zu setzen, die ehemalige *„Anti-Hitler-Koalition"* im Rahmen der Bündnisse zu *„bitten"*, *„heute alles zu tun, um das Wettrüsten nicht auf den Weltraum auszudehnen, sondern auf Erden zu überwinden"*. Deutsche Zeichen des *„Friedens und der Versöhnung"* könnten die Verbannung von Massenvernichtungswaffen von deutschem Boden und die Aufnahme der Gespräche über eine deutsche Abrüstungsinitiative sein.

Fromme Wünsche vor dem realpolitischen Hintergrund des Jahres 1985. Aber insofern maßstabsetzend, wenn direkt aus

deutscher Schuld eine besondere Verpflichtung gefolgert, der Gedenktag sozusagen produktiv genutzt wird. Normalität der deutschen Politik reicht in dieser Lesart nicht hin.

In der Normalität deutscher Politik bewegt sich erfolgreich Alfred Dregger. Der Mann hat es zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gebracht. Im Zusammenhang mit der Bitburg-Diskussion prägte er in einem Schreiben an amerikanische Senatoren den Begriff des *„anständigen Deutschen"*, der in Wehrmachts- und SS-Gräbern liege. Nicht dieser Fehlgriff ist hier beachtenswert. Vielmehr interessiert die Art und Weise, in der der sprachgewandte Dr. Dregger den 8. 5. 1945 zu instrumentalisieren versteht. Er sprach auf einer Kundgebung des Bundes der Vertriebenen und erinnerte *„an das, was am Ende des Zweiten Weltkrieges über die Menschen hereinbrach, die seit Jahrhunderten in Ost- und Westpreußen, in Pommern und Schlesien, im Sudetenland, in Siebenbürgen und im Banat und in anderen deutschen Siedlungsgebieten im Osten und Südosten Europas ansässig waren"*. Und zwar, wie Dregger selbst ausführte, *„eine Woche nach der Gedenkstunde in Bergen-Belsen"*. Diesen Zusammenhang baute er bis in die unerträgliche Gleichsetzung der Leiden aus: *„Wie ich den Juden danke, die nach 1945 einen neuen Anfang in Deutschland gemacht haben, so danke ich Ihnen, den Heimatvertriebenen, für den Beitrag, den Sie nach 1945 für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und für den Frieden der Welt geleistet haben."*

Den Höhepunkt der Unmoral, ein Zeichen, was sich mit Sprache machen läßt, lieferte Dregger mit folgendem Satz: *„Wir wollen Werner Nachmann, dem Zentralrat der Juden und den jüdischen Gemeinden in Deutschland sagen, daß wir denen die Hand entgegenstrecken, die sich mit uns versöhnen wollen, daß wir an ihrer Seite stehen und daß wir dazu beitragen möchten, daß schließlich überwunden werden kann, was ihnen Böses angetan wurde."*

Wieso haben Juden sich mit uns zu versöhnen, was haben sie uns getan? Wenn überhaupt bereinigbar ist, was geschah, dann kann es sich nur um einen einseitigen Akt handeln! Der Bedeutungswandel der Begriffe Versöhnung und Aussöhnung ist eine interessante Nachkriegsentwicklung.

Dreggers Interpretation des Jahres 1945 gibt sich entsprechend. Sie mündet in die Feststellung der *„geschichtlichen Wahrheit"* (!): *„Wir müssen begreifen, daß KZ Hitlers und Stalins, daß die Vertreibung der Ostdeutschen und der Ostpolen, daß der millionenfache Tod deutscher Soldaten und ihrer soldatischen Gegner Teil ein und derselben Katastrophe waren, die Europa zerstört, die Europäer im Innern verwüstet und die den alten Kontinent geteilt hat."* Diese Katastrophe überkam Europa aus dem Nichts. Deshalb bleibt allein: *„Für uns Deutsche ist der 8. Mai ein Tag des Gedenkens. Ein Tag des Gedenkens an unsere Toten und an die Toten aller Völker."* Punkt. Aus. – Zumindest für diejenigen, die über Format verfügen: *„Daß der 8. Mai mißbraucht werden würde, um neue Feind-*

schaft und neuen Haß zu säen, war vorauszusehen. Nicht alle hatten das Format, dem entgegenzuwirken. Sie weiden sich an angeblichen ‚Pannen' und ‚Peinlichkeiten'."

Dregger ist nicht irgendwer, darauf wurde oben hingewiesen. Er ist ein Produkt deutscher Nachkriegsnormalität. Dregger konnte für viele sprechen. Er gab ein Beispiel. Es wird weiter unten auch zu fragen sein, wie weit man in Schleswig-Holstein dieser Vorgabe folgte.

Im Anschluß an die großen Exempel können wir den Standard einer angemessenen Würdigung des 8. 5. 1945 formulieren, so wie wir sie in der schleswig-holsteinischen Provinz erwarten wollten. Die Vorgabe eines subjektiven Standards mag vermessen klingen. Aber in diesen gehen keine festgefügten Theoriegebäude oder ideologischen Normen ein – also keine ‚historischen Wahrheiten'. Einzige Grundlage: die Bereitschaft, historisches Geschehen zu benennen, ethisch zu differenzieren und in offener Weise politisch zu folgern.

Da ist zunächst die grobe historische Einordnung des 8. Mai 1945 zu vollziehen. Die ‚deutsche Katastrophe' datiert nicht auf diesen Tag, sie ist ohne den 30. 1. 1933, den Tag, an dem Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, ohne die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht zu fassen. Die ‚Machtergreifung' der Nationalsozialisten gab es nie, es handelte sich um eine gebilligte Machtübernahme, die sofort in eine ‚formierte Gesellschaft' der Ausgrenzung mündete. Die Mehrheit der Deutschen akzeptierte bald die Politik der Nationalsozialisten, nur Minderheiten empfanden oppositionell, und noch weniger verhielten sich auch so. Auch in einem zweiten Punkt stellte der 8. 5. 1945 keine Zäsur dar: nicht erst jetzt wurde bekannt, was Deutsche verbrochen hatten, allenfalls das gesamte Ausmaß. Niemand in Deutschland, der nicht politische oder rassische Verfolgung und Vernichtung miterlebt oder von ihr gehört hatte, niemand, der nicht zumindest ahnte, was sich diesseits der Ostfront – auch in Frankreich gab es öffentliche Geiselerschießungen – abspielte. Es gab nur eine Differenzierung der Verstrickung und der Technik des Übersehens.

Eine natürliche Konsequenz dieses Wissens wäre tiefe Scham über diese deutsche, eigene Geschichte, die sich unterschiede vom verdrängenden Verweis auf die ‚Verbrechen der Nazis'. Ein Bekenntnis der Verstrickung durch Schweigen müßten alle jene ablegen, die für sich das ‚innere Exil' reklamieren. Andere müßten von ihrer Schuld sprechen. Und nur wenige könnten auf Rückgrat, Widerstand und Opfer verweisen. Kollektive Scham wäre wohl das angemessene Gefühl, auch der Deutschen, die die ‚Gnade der Spätgeburt' auszeichnet.

Scham sollte münden in die bedingungslose Akzeptanz des demokratischen Modells. Demokratische Identität von Nachkriegsdeutschen ließe sich gewinnen aus dem Widerstand von Christen, Liberalen, Sozialisten und Kommunisten und aus der – verspäteten – Rehabilitation des Exils. Das konkurrenzlose Andenken der Opfer des Widerstands und das Erinnern an die

klare Sicht des Exils wären produktive Konsequenzen. Scham, Gedenken und Trauer müßten den unterschiedlichen und unvergleichbaren – deshalb nie gleichsetzbaren – Leiden der Opfer des Nationalsozialismus gelten: jenen, die ‚nur' Opfer waren wie Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Geisteskranke, Geiseln, ‚Untermenschen', Zivilopfer des Krieges in Ost und West; jenen, die verfolgt wurden, weil sie Widerstand leisteten oder nur wie Menschen handelten, den politischen Häftlingen, den Kämpfern der Resistance, den ‚Blutschändern'; jenen, die als gegnerische Soldaten, ohne Anlaß angegriffen, später als Befreier kamen; und erst dann jenen, die als Personal des deutschen Krieges an den Fronten oder zu Hause Opfer wurden; schließlich jenen, die durch Vertreibung aus der Heimat oder Kriegsgefangenschaft mehr zu zahlen hatten als die übrigen.

Auf dem Niveau dieser Differenzierung läßt sich der Begriff ‚Befreiung' für den 8. 5. 1945 anwenden. Zum Beispiel in der Weise, wie von der Aktion Sühnezeichen vorgegeben. Befreiung vom Nationalsozialismus kann dann ebenso Verschiedenes bedeuten wie das Leiden unter dem Nationalsozialismus. Befreiung der Häftlinge von Auschwitz durch sowjetische Soldaten, Befreiung besetzter Länder, Befreiung Deutscher von der Kriegspflicht, aber auch von deutschem Wahn.

Aus historischer Einordnung, aus Scham, Gedenken und Trauer sowie aus dem Anspruch, mehrheitliche (demokratische) Identität aus dem Handeln einer Minderheit zu gewinnen, müßten in der produktiven Wendung des Gedenktages Handlungsbezüge für deutsche Gegenwartspolitik folgen. Eine besondere deutsche Verantwortlichkeit für den Weltfrieden beispielsweise wäre, wenn sie denn Realität würde, ein spätes, aber deutliches Zeichen der Aufarbeitung.

Schleswig-Holstein

Wenn man den 8. 5. 1985 in Schleswig-Holstein untersuchen will, so wird man beachten müssen
- öffentliche Veranstaltungen
- Verlautbarungen von Wissenschaftlern und Politikern
- und die Aufbereitung in den Medien, vor allem in der ‚Heimatpresse'.

Neben der Frage, welche Intentionen und Kernaussagen transportiert wurden, stellt sich des weiteren auch die nach Defiziten, danach, was unterlassen wurde.

Eine überdeckungsfreie Gliederung nach Schwerpunkten wie z. B. Wissenschaft, Politik, Presse oder Landesebene, kommunale Ebene und Gedenkveranstaltung, Verlautbarung ist nicht möglich: Aktivitäten der Landesregierung bezogen sich auf lokale Ereignisse, Wissenschaftler verließen die Universität und sprachen auf Veranstaltungen oder schrieben in Zeitungen. Die im folgenden angewandte Gliederung verzichtet auf eine komplizierte inhaltliche Systematik. Die formalorganisatorische Ordnung wurde gewählt, weil möglichst viele Aktivitäten und Äußerungen Beachtung finden sollen. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird dabei nicht erhoben, nicht jede lokale Zeitung konnte ausgewertet werden, nicht jede

öffentliche Veranstaltung wurde erfaßt. Eine relativ umfassende Bestandsaufnahme, wie Schleswig-Holstein den Jahrestag ‚beging', dürfte dennoch gelingen. Eine Bestandsaufnahme, die es im Anschluß ermöglicht, die schleswig-holsteinischen Ereignisse um den 8. 5. 1985 herum im Rahmen einer Bilanz zu werten und einzuordnen.

Unsere Übersicht folgt der Gliederung:

- wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen/Äußerungen
- Aktivitäten der Landesregierung
- Aktivitäten der „Vertriebenenverbände"
- Aktivitäten der Parteien
- lokale und weitere Veranstaltungen
- Kommentare und Aufbereitung in der schleswig-holsteinischen Presse.

Im wesentlichen werden Aktivitäten und Verlautbarungen auf der Basis von Selbstdarstellungen und Presseberichterstattungen beschrieben.

Wissenschaftler

Betrachtet man die einer breiteren Öffentlichkeit zugänglichen Stellungnahmen von Wissenschaftlern in Schleswig-Holstein zum 8. Mai 1945, also Vorträge und schriftliche Beiträge, die sich nicht auf den Rahmen der Universität beschränken oder an ein ausschließlich wissenschaftliches Publikum wenden, so entsteht leicht der Eindruck, hier würde unabhängig von den politischen Kontroversen um den 8. Mai 1945/1985 ein Einblick in ‚objektive', gesicherte historische Erkenntnisse gewährt. Kompetenz und Reputation des Wissenschaftlers haben in der öffentlichen Debatte sicherlich Gewicht und werden dementsprechend auch gerne in Anspruch genommen, um den eigenen Argumenten in der aktuellen Auseinandersetzung eine höhere Weihe zu verleihen. Das gilt natürlich auch für die konservativ dominierte Politik und Presse in Schleswig-Holstein. Sie darf sich der Verbundenheit des konservativen Lehrkörpers der ‚Landesuniversität' gewiß sein.

Das Zusammenwirken von Forschung und Lehre an der Universität Kiel, den Institutionen der schulischen und politischen Bildung, der auf ‚traditionsbewußte' Selbstdarstellung bedachten Regierungspolitik und der stets an Historisch-Anekdotischem interessierten Landespresse hat ohne Zweifel großen Einfluß auf das Geschichtsbild, das historische Bewußtsein der Bevölkerung. Gerade dort, wo in unserer Gesellschaft die Rückbesinnung auf positive (sprich: demokratische) Traditionen oder die Aufarbeitung bzw. Verdrängung von ‚düsteren' Perioden anstehen und sich Geschichtsforschung und -schreibung auch im Hinblick auf ihren ideologischen und ethischen Impetus rechtfertigen müssen, gerinnen Diskussionen um historische Erkenntnisse und Einsichten zu politischen. Das wertet historische Aussagen keinesfalls ab, sofern ihre methodischen und ideengeschichtlichen Grundlagen offen zu Tage treten. Vielmehr ist es unverzichtbar, daß sich Wissenschaftler, in diesem Fall Historiker, einmischen, wenn derart zentrale Fragen des historischen Selbstverständnisses der verschiede-

nen gesellschaftlichen Gruppen unseres Volkes berührt sind. Ihre Beiträge nicht als unanfechtbare Eckpfeiler in den Wogen politischer Auseinandersetzungen mißzuverstehen, sondern sie auf diese zu beziehen, ist unabdingbare Voraussetzung, um ihre Bedeutung analysieren zu können. Diese Problematik soll im folgenden schlaglichtartig angedeutet werden.

Mehrere Lehrstuhlinhaber am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität in Kiel äußerten sich außerhalb der Universität zum 8. 5. 1945. Michael Salewski sprach beispielsweise vor der Mitgliederversammlung der „Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte" und verfaßte eine mehrteilige Serie für die „Kieler Nachrichten". Salewski ist auch der Verfasser eines kurzen Essays, den die „Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein" unter dem Titel „Stichworte. Epochenjahr 1945" in hoher Auflage als Handzettel herausgab. Salewski verneint darin den Begriff der ‚Stunde Null': *„Da es in der Geschichte keine vollkommenen Brüche gibt, darf auch der Mai 1945 nicht als ‚Stunde Null' begriffen werden."* (s. u.: Vortrag auf dem Symposium des Beirats für Geschichte)

Und weiter: *„Mit der Katastrophe des ‚Dritten Reiches' fand ein zwölfjähriger Irrweg der deutschen Nation sein Ende, nicht jedoch die bisherige deutsche Geschichte."* Dieser *„Irrweg"* wird im folgenden reduziert zur NS-Diktatur: *„Der Mai 1945 bedeutet zuallererst das Ende eines Schreckenregiments und die Chance zur Wiederherstellung des Friedens, der Freiheit und der Menschenrechte. Es gehört aber zum Verhängnis unserer Vergangenheit, daß sich die Deutschen von Hitler nicht aus eigener Kraft haben befreien können."*

Diese Formulierung umgeht die Dimension der mehrheitlichen Zustimmung bzw. Anhängerschaft der Deutschen zum NS-Regime. Es entsteht die Gefahr eines reduzierten Bildes der über Deutschland gekommenen Diktatur von der *die* Deutschen befreit wurden. Zum *„Erbe der deutschen Geschichte"* zählt Salewski dann die Gebietsverluste im Osten. Wenn er aber fortfährt, *„das Heimatrecht der vertriebenen Deutschen stößt mit dem Ablauf von Jahrzehnten mit dem neuen Heimatrecht jener zusammen, die in den ehemaligen deutschen Ostprovinzen leben, geboren werden und sterben"*, deutet das auf eine Verneinung jeder Restitutionsabsicht.

In dem Bericht über den Vortrag von M. Salewski anläßlich der Mitgliederversammlung der „Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte" am 4. Mai 1985 faßt der „Berichterstatter" W. Lagler die Ausführungen zu diesem Komplex so zusammen: *„Deutschland verlor große, nahezu entvölkerte Gebiete; in den Vertreibungsgebieten hörte die deutsche Geschichte (vorerst) auf; . . ."* – Es lohnt sich also immer, auch den Inhalt von Klammern zur Kenntnis zu nehmen. (s. Mitteilungen d. GfSHG 22, August 1985, S. 7)

Nach der Betrachtung des *„Eisernen Vorhangs"* und des *„Kalten Krieges"* gewinnt Salewski der gegenwärtigen Lage jedoch auch positive, fortschrittliche, auf dem Jahr 1945 fußende Seiten ab: *„So weit das Ziel der europäischen Einigung*

immer noch entfernt sein mag, allein der Umstand, daß z. B. ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich unvorstellbar geworden ist, kann als weltgeschichtlicher Fortschritt gewertet werden."

Im vierten Abschnitt des kurzen Aufsatzes verweist Salewski unter dem Zwischentitel „*Auftrag an die Welt*" auf die zukunftsträchtige Gründung der UNO. Sein Resümee: „*So wird das Jahr 1945 in der historischen Betrachtung zu einem Jahr des Besinnens, der Trauer, aber auch der Hoffnung. Wir leben seit 40 Jahren in Frieden – und Freiheit.*"

Weit weniger subtil dagegen ging Kurt Jürgensen in Flensburg in einer „*stillen Gedenkstunde der Stadt*" vor. Das Flensburger Tageblatt berichtete am 9. 5. 1985 u. a.: „*Prof. Dr. Jürgensen stellte die Frage, ob in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft die Judenvernichtung, der Krieg und die Zerstörung des Rechts wirklich von allen klar erkannt werden konnte*".

Laut Presseberichterstattung gab er in diesem Zusammenhang zu bedenken „*daß die wahren Ziele gegenüber dem eigenen Volk verheimlicht wurden. Es gebe deshalb keine Berechtigung, von einer deutschen Kollektivschuld zu sprechen, aber es bleibe die Kollektivscham, die zur besonderen ethischen Verantwortung gegenüber den Juden verpflichte*". Jürgensen selbst unterschied zwischen „*geschichtlichem Wissen und der subjektiven Erfahrung des persönlich Miterlebten*".

Mit dieser zweiten Kategorie hat es so seine Bewandtnis, läßt sie sich doch nur allzu leicht ins Unergründliche delegieren. Es stellt sich die Frage, inwieweit es den Machthabern gelang, zu verheimlichen. Konnte verheimlicht werden, daß die jüdische Nachbarfamilie ‚abgeholt' wurde, der ehemals kommunistische Betriebsrat im Zuchthaus oder KZ verschwand? Wollte und konnte man allein die zahlreichen Zwangsarbeitslager in Schleswig-Holstein verheimlichen? Die Frage, wie sehr die Menschen *übersehen* konnten und wollten, was um sie herum geschah, bleibt ausgespart.

Die entlastete Erinnerung der Stadtpräsidentin Ingrid Groß: „*Dann war der Krieg zu Ende und wir hatten ihn verloren. Wir dachten an die Toten, an die Zukunft wagten wir nicht zu denken . . . Und dann kam das Entsetzen. Wir erfuhren die Wahrheit, was im deutschen Namen geschehen war.*"

Den allseits mit größter Behutsamkeit begegneten Begriff der ‚Befreiung' brachte Jürgensen auf folgenden Punkt: „*Die Amerikaner und auch die Engländer kamen als Befreier, nicht jedoch die Russen, die im Vollrausch des Sieges Schrecken verbreiteten und schließlich ihr Herrschaftssystem in Ostmitteleuropa bis zur Elbe ausdehnten.*" Es stellt sich hier direkt die Frage, wer denn etwa Auschwitz befreit hat? Eine differenzierte Betrachtung der Befreiung, die Jürgensen selbst forderte, kann so einfach kaum gelingen.

Die Gedenkstunde im Flensburger Rathaus erlebte übrigens eine ‚*kurze Störung*'. Anlaß war das 1984 im Rathaus empfangene Wappen „50 Jahre 1. Minensuchgeschwader/1. Räumflottille", das immerhin drei Ritterkreuze – „*Unternehmen Oslofjord*" – enthält. Die Störung bestand im Entrollen eines

Transparents mit der Aufschrift *„Naziwappen raus aus dem Rathaus"*. Die *„Störer"* ließen sich zum Gehen überreden. Das Flensburger Tageblatt resümierte: *„Der 8. Mai und der damit verbundene eigentliche Sinn des Gedenkens ging offensichtlich weit an den jungen Leuten vorbei."* Dem ist nichts hinzuzufügen.

Der 8. Mai 1945 – eine Stunde Null? Diese Frage war Thema eines Symposions, veranstaltet vom Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein und vom SPD-Landesverband, auf dem Wissenschaftler aus Schleswig-Holstein über die historische Einordnung des Datums referierten und mit einer interessierten Öffentlichkeit diskutierten. (Die Beiträge sind in einer Schrift zusammengefaßt, die über den Beirat erhältlich ist.) Bei aller Unterschiedlichkeit der Vorträge bezüglich Betrachtungsweise, Forschungsschwerpunkt, methodischem Vorgehen, läßt sich doch eines eindeutig festhalten: das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft läßt sich mit dem Begriff der ‚Stunde Null' nicht umschreiben.

Erich Hoffmann (Universität Kiel, Historisches Seminar) weist darauf hin, daß die Deutschen im Mai 1945 ihren Weg nicht ohne Anknüpfung an die Vergangenheit begannen. *„Das Ende des zweiten Weltkrieges stellt einen tiefen Einschnitt im Ablauf der deutschen Geschichte dar, aber eine Stunde Null brach zu diesem Zeitpunkt letztlich doch nicht an... Deutlich knüpften die westdeutschen Nachkriegspolitiker an die bisherige Geschichte wieder an, nicht zuletzt an der demokratischen Tradition der Weimarer Republik. Auch besann man sich darauf, die tausend Jahre umfassende deutsche Geschichte nicht allein von den Folgen der zwölf Jahre Hitlerdiktatur her zu betrachten."* Bei Hoffmann bleibt die Kontinuität der deutschen Geschichte bestehen, wobei der Nationalsozialismus als geistig isolierte Epoche zusammenbrach. Die Elemente der Kontinuität, die Grundlagen der *„modernen Vorstellungen freiheitlichen Lebens in Deutschland"*, die der Referent als junger Student in den Jahren 1945/46 an der Universität vermittelt bekam, überlebten in der individuellen Abkapselung, in die sich *„der naive unpolitische Bürger"* flüchtete. Diese *„Normalverbraucher"*, wie Hoffmann sie nennt, denen zumindest in der Provinz erst im Mai 1945 *„mit einem Schlage"* bewußt wurde, *„auf wessen Befehl man jahrelang gehört hatte"*, seien *„recht typisch für das Verhalten des durchschnittlichen Menschen in... Krisensituationen"*.

Das Untypische folglich sind die ethisch vorbildlichen Widerstandskämpfer und die verbrecherischen Machthaber. Das *„Schändliche"* bleibt an den *„untergegangenen Machthabern und ihrem engeren Anhang"* haften. Für das deutsche Volk insgesamt hält Hoffmann, in Anlehnung an Theodor Heuss, eine Kollektivscham in Abgrenzung zur Kollektivschuld für angemessen. Die deutschen Kontinuitäten werden also über die Ausklammerung von Verantwortung für das Geschehene wieder herzustellen versucht.

In zahllosen Kommentaren, Reden, Artikeln in der bundes-

deutschen Presse etc. taucht das Gespenst der Kollektivschuldthese auf. Bei aller vehementer Ablehnung derselben wird dabei kaum noch zur Kenntnis genommen, daß diese These niemand ernsthaft mehr aufrecht erhält. Die von Karl Jaspers vor fast vierzig Jahren vorgenommene und vom Bundespräsidenten von Weizsäcker übernommene Unterscheidung zwischen einer Schuld, die nur individuell zu verantworten ist und der gemeinsamen Haftung für Verbrechen, die ohne kollektives Stillhalten nicht möglich gewesen wären, wird auf konservativer Seite stückweise demontiert. Die von Bundeskanzler Kohl hochgehaltene *„Gnade der späten Geburt"* ist nur eine von den sichtbaren Konsequenzen.

Eine Relativierung des Datums 8. Mai nimmt Michael Salewski (Universität Kiel, Historisches Seminar) in seinem Beitrag vor, indem er feststellt, daß es *„für viele Menschen überall auf Erden keine besondere Bedeutung gehabt"* habe. Aus dem Blickwinkel der Weltgeschichte dürfe man das Symbol 8. Mai nicht überbewerten. Außerdem gebe es wohl nur wenige Epochen der deutschen Geschichte, die sorgsamer und gründlicher analysiert worden seien. *„Was will man denn noch mehr über die Ursachen und Anlässe der Hitlerdiktatur wissen"*, fragt Salewski und behauptet, daß nicht die Geschichte, sondern die Gegenwart zum *„Stolperstein des kollektiven Gewissens"* werde. *„Würden wir nur mit dieser fertig – wir hätten die Geschichte des Dritten Reiches hinter uns."* Gleichzeitig aber stellt er fest, daß man das *„zerstörte gute Gewissen der Nation"* nicht bewältigt habe, *„es ist nicht zu bewältigen"*. Die Hypothek der Geschichte abzutragen, *„bedarf der Geduld und des langen historischen Atems"*. Da die Geschichte *„ihre Legitimität in der öffentlichen Meinung allein aus den Widersprüchen der Gegenwart"* gewinne, bleibt für Salewski nur, sich in das Schicksal des antagonistischen ‚Jetzt' zu fügen und die politische Meinungsmacherei und den *„schamlosen Kommerz"* im Zusammenhang mit der Geschichtsverarbeitung zu geißeln. – So verabschiedet man sich als Wissenschaftler aus der politischen Diskussion um die Vergangenheit.

Auch Salewski sieht *„unsere Gegenwart in Frieden und Freiheit"* als Konsequenz des 8. Mai, als Fortführung aber auch von liberal-demokratischen Traditionen. Diese von 1933 bis 1945 unterdrückten Werte aber sprießten neu *„wie aus einem niedergelegten Knick, weil die Wurzeln lebendig bleiben"*, der verschüttete Weg wurde wieder frei geschaufelt. Da die bürgerlichen deutschen Traditionen vom Nationalsozialismus *„überwältigt"* wurden, hatten sie die Möglichkeit, sich wieder zu erheben, denn sie waren als Form bürgerlicher Herrschaft ja nicht desavouiert.

Somit gebe es doch eigentlich etwas zu feiern: den wiedergefundenen Weg zur Freiheit, das endgültige Ende der *„Krankheit des Chauvinismus, der Wühlereien des Radikalismus"* etc., den Beginn einer *„europäischen Friedensperiode"*. Und wenn schon Trauertag, dann doch wohl ein europäischer, schließlich markiert der 8. Mai den Beginn der *„Epoche der Supermächte"*.

Das Trauma der Geschichte ist also nicht zu verarbeiten, sondern in *„langem Atem"* abzubauen, die wissenschaftliche Schublade für den Nationalsozialismus gefunden; somit dürfen wir uns, nach Salewski, an dem Zustand von Friede und Freiheit als eigentlicher Konsequenz deutscher Geschichte erfreuen, wäre da nicht der Wermutstropfen der deutschen, ja der europäischen Teilung, die jeden dritten Deutschen hinter *„Mauer und Stacheldraht in Unfreiheit"* halte.

Ist bei Hoffmann und Salewski die Bundesrepublik und ihr politisches System die konsequente Weiterentwicklung einer langen demokratischen, zumindest liberalen Tradition und die *„Epoche des Bösen"* in seiner nationalsozialistischen Variante endgültig erloschen, so stellt Lars Clausen (Universität Kiel, Institut für Soziologie) in seinem Beitrag „Populäre Lehren 1945" ganz andere Verbindungslinien in den Vordergrund. 1945 bei Null anzufangen und an demokratische Traditionen anzuknüpfen, sei nicht möglich gewesen, weil man diese selbst aufgegeben habe, sie zerstört waren. Die *„ungeheuerlich gründliche Zersetzung der Tradition des Rechtsstaats"* und in der Konsequenz die *„mörderische Austreibung eines Teils ihres eigenen Volkes"*, die zum wenigeren von den Deutschen aktiv betrieben, dafür aber geduldet worden war, sei ebenso wie die Tatsache, daß man sich aus der Demokratie 1932/33 ja herausgewählt habe, ein Indiz dafür, daß es 1945 keine Stunde Null der Anknüpfung geben konnte. Das Arrangement mit dem nationalsozialistischen Staat hatte seinen Preis. *„Man war kontinuierlich immer gewissenloser geworden und konnte auf die Weise relativ gut überleben und ‚die Alten bleiben'."*

1945 war auch deswegen kein Neuanfang, weil diese antidemokratischen Entwicklungen als Bestandteil des politischen und gesellschaftlichen Bewußtseins und der historischen Realität sozusagen eine nichtdemokratische Kontinuität bildeten, die in vielerlei Hinsicht in der Bundesrepublik sichtbar wurde. Clausen führt als Beleg dafür an:

1. Das Wiederaufleben antiweimaranischer Parolen, die jetzt gegen die Nazis gewendet wurden (z. B. *„Nie wieder in eine Partei"*),
2. die *„fürchterliche Angst vor der Mehrheit des Volkes"*, die sich in dem Verschwinden von Formen direkter Demokratie (Volksentscheide auf Bundesebene) äußere, sowie
3. die 5 %-Klausel bei Wahlen, die auch kleine demokratische Parteien *„untergepflügt"* habe.

Das was Clausen an *„Nullpunkten"*, an wirklich Neuem für die Jahre nach 1945 ausmacht, neue Maßstäbe einer freien Presse, ein gemeinsamer Weg von Lohnarbeit und Kapital (Stichwort: Sozialpartnerschaft) und nicht zuletzt die *„Schwüre: Nie wieder Soldaten! Nie wieder Feuerregen!"* und: *„Nie wieder Lager!"* seien in der Gegenwart längst hinfällig, nur das dritte Versprechen sei noch gültig.

Daß Begriffe wie ‚Stunde Null' und ‚Nullpunkt' eine gefährliche, naive Vereinfachung sind, die als Methaphern das Jahr 1945 mit quasi neutralen und quasi objektiven Bildern beschreiben, hebt Hartmut Lehmann (Universität Kiel, Histo-

risches Seminar) in seinem Vortrag „Zum Umgang der Historiker mit dem Begriff ‚Stunde Null'" hervor. Die damit verbundene Tendenz zur Ablenkung von den Ursachen, die zur Situation im Jahre 1945 führten, und von der Verantwortung jener, *„die die Deutschen ins Unglück geführt haben"*, sei Ausdruck der historischen Beurteilung auch der Geschichtsschreibung in früheren Jahren gewesen. Aber es gelte der Satz: *„Jede Generation schreibt sich ihre Geschichte neu";* und Lehmann fordert auf, neue, geeignete Begriffe zur Kennzeichnung dieses Jahres zu erlernen. Er schlägt vor, sich auf die *„Befreiung"*, *„Chance der Versöhnung"*, *„Chance zur Wiedergutmachung"* und *„Offenlegung der Schuldenbilanz"* zu besinnen.

Und er weist darauf hin, daß nicht nur die *„erstaunliche Kontinuität auf dem Gebiet der Wirtschaft und in der Verwaltung"* und im *„sozialen und mentalen Lebensbereich der Deutschen"* Beachtung verdiene, es sollten schließlich auch die Täter nicht vergessen werden, die teilweise nach 1945 *„erstaunliche Karrieren"* machten.

Läßt dieses allgemein gehaltene Ansinnen sicher schon manchen in Schleswig-Holstein erschauern, so hat Gerhard Beier in seinen Ausführungen „Befreiung – der Mai 1945 aus der Perspektive der Arbeiterbewegung" ein konkretes Beispiel mangelnder Vergangenheitsbewältigung benannt, indem er Flensburg und die *„Mentalität der Flensburger"* als *„Paradebeispiel für den Prozeß politischer Verdrängung"* bezeichnet und in der Nachkriegszeit eine ungebrochene *„Hitlerjugendmentalität"* festzustellen glaubt und dafür Belege anzuführen weiß.

Die Bandbreite und die Aktualität des Versuchs, das Ende des Nationalsozialismus in Deutschland und speziell in Schleswig-Holstein sowie die Folgen daraus darzustellen, unterstreichen auch die Beiträge von Kurt Jürgensen „Kapitulation und Beginn der britischen Besatzungspolitik in Schleswig-Holstein", Lech Janicki „Der 8. Mai 1945 aus polnischer Sicht", Helmut Grieser „Gab es 1945 eine ‚Stunde Null' in den deutsch-sowjetischen Beziehungen?" und Peter Wulf „Vorstellungen für den Neuaufbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft 1945 in Deutschland".

Das Symposion des Beirats für Geschichte hat deutlich gemacht, daß der Streit um die Interpretation des 8. Mai 1945 kein beiläufiger wissenschaftlicher Disput ist, sondern ganz elementare Fragen unseres heutigen politischen und historischen Bewußtseins damit berührt sind. Umso erstaunlicher ist es, daß es landesweit angelegte Veranstaltungen seitens des ‚offiziellen' Schleswig-Holsteins so gut wie nicht gegeben hat, sieht man einmal von einer Podiumsdiskussion der Landeszentrale für politische Bildung (mit Kultusminister Bendixen, dem Landtagsvizepräsidenten Hamer, sowie den Professoren Salewski und Hattenhauer von der Universität Kiel) ab, in deren Mittelpunkt bezeichnenderweise die Frage der Deutschen Teilung stand.

An der Landesuniversität fand keine gesonderte Veranstaltung zum 8. Mai 1945 statt. Ein Verzicht, der auffällt, hatte doch die

Christian-Albrechts-Universität im ‚Lutherjahr' eine gesonderte und öffentliche ‚Ringvorlesung' geboten. Zum 50. Jahrestag der ‚Machtergreifung' der Nazis gab es immerhin eine ‚offizielle' Vortragsveranstaltung im Auditorium Maximum der Universität, in der M. Salewski die Widerstandskraft wissenschaftlichen Arbeitens und Forschens dem Nationalsozialismus gegenüber zu belegen suchte.

Ein solches Bemühen hatte durchaus seinen Anlaß. Die Auseinandersetzung um die Errichtung einer „Stiftung zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Machtergreifung an der Christian-Albrechts-Universität", die nach dem liberalen Völkerrechtsprofessor Walther Schücking benannt werden sollte, war bundesweit publik geworden. Die Ablehnung einer solchen Stiftung seitens der Universitätsgremien und vor allem die Begründung dafür haben ein weiteres Mal deutlich gemacht, daß die Aufarbeitung und Bewältigung der eigenen Vergangenheit, d. h. die von der ‚Selbstgleichschaltung' 1933 bis zum ‚nahtlosen' Übergang 1945/46 funktionierende Anpassung der an der Uni verbliebenen Wissenschaftler, ein Tabu für die konservativen Eliten bleiben soll. Ihre *„Sorge um die universitäre Freiheit"* führte in der Argumentation zur Gleichsetzung z. B. der Herrschaft der Nazis und der Aufgeregtheiten im Zusammenhang mit der Studentenbewegung 1968 ff. Auch der massierte Sachverstand am Historischen Seminar konnte und/oder wollte da nicht korrigierend eingreifen. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten diese Ungeheuerlichkeiten, als erst durch massive öffentliche Proteste der weit im Planungsstadium befindliche Versuch des Universitätspräsidiums verhindert werden konnte, eine Werner-Catell-Stiftung zu etablieren. Catell war nun nicht wie Schücking 1933 von der Universität vertrieben worden. Er tat sein ‚Bestes' für die neuen Herren, war als Euthanasiegutachter maßgeblich an der Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens' beteiligt gewesen und hatte 1960 (!) im Zusammenhang mit diesbezüglichen Vorwürfen die Leitung der Universitäts-Kinderklinik abgeben müssen.

Wen wundert da die Enthaltsamkeit bezüglich des 8. Mai.

In diesem Zusammenhang sollen die Defizite der landesgeschichtlichen Forschung zum Nationalsozialismus nur am Rande erwähnt werden. Die Lücke, die die ‚etablierte Wissenschaft' hier läßt, wird in letzter Zeit zunehmend durch regionale Studien verkleinert, deren Autoren durchgängig nicht der Landesuniversität angehören. Die vorgelegten Ergebnisse sind jedoch meist sehr gewinnbringend. In der Reihe der Sonderveröffentlichungen des „Beirats für Geschichte" wird im Herbst 1986 eine Bibliographie zur Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein erscheinen, die einen Überblick auch über die neuesten Forschungsergebnisse bietet.

Landesregierung

Im außerwissenschaftlichen Bereich besitzen zunächst Interesse die Stellungnahmen und Aktivitäten der verantwortlichen Landespolitiker. An erster Stelle, sozusagen Ton- und Richtlinien gebend, agierte Ministerpräsident Barschel. Sein bereits am 26. 3. 1985 im Flensburger Tageblatt erschienener Artikel

trug die Überschrift „Den 8. Mai nicht zerreden".

Die zentrale Aussage besteht darin, daß niemand das Recht habe, für den 8. Mai eine Art *„einheitliches Volksgefühl"* zu verordnen. Jeder müsse sich mit diesem historischen Ereignis auf die ihm gemäße Art auseinandersetzen. Die Banalität der Beliebigkeit, die eigene Geschichte aufzuarbeiten, hat ja durchaus Methode. Wenn Barschel *„ehemaligen Soldaten der deutschen Wehrmacht, Kriegerwitwen, Vertriebenen, Einheimischen, Emigranten oder KZ-Häftlingen"* eine *„höchstpersönliche Warte"* der Betrachtung des Jahrestages zubilligt, so wird schnell deutlich, daß Kategorien wie Schuld, Verantwortung bzw. Täterschaft ausgeklammert werden sollen. Einer kritischen und kontroversen Auseinandersetzung wird der Stempel *„kleinkarierte Parteipolitik"* aufgedrückt. Die *„objektive"* Bedeutung des 8. Mai 1945 bringt Uwe Barschel auf die knappe Formel: Der Schlußpunkt einer Entwicklung, die Europa und Berlin geteilt hat in eine Sphäre der *„kommunistischen Diktatur"* und der *„freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie"*. Die subjektiven Empfindungen seien sehr unterschiedlich, und sie werden damit nicht zur Debatte gestellt. Von den *„entsetzlichen Bombennächten"* ist dabei die Rede, gemeint sind die, die in Deutschland stattfanden.

So weit geht Barschels Subjektivismus nun aber doch auch wieder nicht, um nicht feststellen zu können, daß *„unsere Landsleute in der DDR"* den 8. Mai als Zeichen *„vierzigjähriger Unfreiheit"* sehen.

„Die Freude über die Niederlage Hitlers und die Geburtsstunde des freien Deutschlands mischt sich mit der Trauer über den Sieg Stalins und der damit verbundenen deutschen und europäischen Teilung, über den Verlust der Heimat und engster Angehöriger, über den sinnlosen Tod von Millionen Menschen und der Scham über eines der düstersten Kapitel deutscher Geschichte." Die subjektiven Empfindungen *„Freude"*, *„Trauer"* und *„Scham"* werden ideologisch zugeordnet und sind gewissermaßen programmatisch zu verstehen, weil sie eine allgemeine Verständigung über die Konsequenzen des 8. Mai unterstellen. Wer wollte das eine Verordnung eines *„einheitlichen Volksgefühls"* nennen?

Übrigens: moralisierende, wertende Vokabeln sucht man im ganzen Artikel vergeblich, wenn es um die Opfer des Nationalsozialismus geht. Entsetzlich und furchtbar war der Zweite Weltkrieg offenbar zunächst für alle Deutschen.

Die Uwe Barschel gemäße Art ist offenbar. Doch wie steht es mit Andersdenkenden? *„Die öffentliche Diskussion über die angemessene Ausgestaltung des 8. Mai hat seit der Jahreswende Formen angenommen, die unser Volk angesichts eines gemeinsam erlittenen Schicksals nicht zusammenführt, sondern eher auseinanderreißt. Manche sind eher dabei, Gräben zwischen den Generationen und der Bevölkerung aufzureißen statt zuzuschütten."* So kann man es halten. Schließlich gilt: *„Es ist schon ein erheblicher Unterschied, ob ein Älterer unter den entsetzlichen Bombennächten persönlich gelitten hat oder ein Jüngerer Krieg und Zusammenbruch nur aus Büchern und Erzählungen kennt."*

Uwe Barschel war 1945 übrigens 1 Jahr alt. Man hätte unserem ‚Landesvater' andere Zeitzeugen als Freunde oder Umgang gegönnt als den vor Jahren auch von ihm beerdigten Großadmiral von Dönitz. Nun gut, recht hat er durchaus mit dem folgenden: *„Wir dürfen den 8. Mai nicht zerreden."*

Zerreden, das kann man Barschels Regierungsmitglied Peter Bendixen in der Tat nicht nachsagen. Schaffte es doch am 12. 2. 1985 der Kultusminister im Rahmen einer offiziellen Verlautbarung zu einem Erlaß anläßlich des 8. 5. 1945 auf die Begriffe ‚Kapitulation', ‚Befreiung' und ‚Nationalsozialismus' vollständig (!) zu verzichten! Statt dessen finden sich ausschließlich Vokabeln wie *„Ende des Zweiten Weltkrieges", „damalige(n) Ereignisse", „Totalitarismus"* und *„Extremismus"*. Es ist, als rede man über Milch und Maroditis, indem man Apfelsaft und Durchfall erwähne. Diese Vermeidungsleistung gewinnt durch die Länge der Erklärung an Beachtlichkeit. Originalton: *„Der Minister betonte, daß es den jungen Menschen immer wieder deutlich gemacht werden muß, welche ungeheuren Folgen der Totalitarismus und die Mißachtung der Menschenrechte heraufbeschworen haben: Krieg, millionenfacher Mord, Flucht und Vertreibung, die Teilung Deutschlands und die Entstehung des Ost-West-Gegensatzes mit all seinen Folgen."* Und weiter: *„Nur durch eine ausreichende staatsbürgerliche Bildung, die historisch-politisches Bewußtsein fördert, können junge Menschen zu mündigen Staatsbürgern werden, die sich für die Erhaltung und Sicherung der Grundwerte einer freiheitlichen demokratischen Ordnung aus innerer Überzeugung einsetzen."*

Es sei an dieser Stelle gestattet, zum Vergleich einen Blick in die Zukunft, auf den Juni 1986, zu richten. Die Kieler Nachrichten vom 5. 6. 1986 berichten von einer Rede Bendixens auf einer Koordinierungskonferenz der Landeszentralen für Politische Bildung: *„Bendixen beklagte, daß die freiheitliche Tradition der Deutschen im Schulunterricht nicht genügend im Vordergrund stehe. Die fast ausschließliche Konzentration auf die NS-Zeit bereite ihm Sorge."* Ist diese Sorge denn so begründet? Die Gedenkstätte in der Eingangshalle des Landeshauses, sie stammt aus dem Jahre 1954, scheint anders zu werten: *„Niemand hat größere Liebe denn die, daß er sein Leben lasset für seine Freunde. Dem ehrenden Gedenken aller Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, die in den großen Kriegen für uns starben. Die Landesregierung Schleswig-Holstein."* Und wenn sie nicht beseitigt wird, so hängt sie noch im Jahr 2000!

Von seiten der Landesregierung galt es, im Zusammenhang mit dem Kriegsende dem Untergang zweier verschiedener Schiffe zu gedenken. Dem Untergang der „Wilhelm Gustloff" und dem der „Cap Arcona". Das erste sank am 30. 1. 1945; es gehörte zu den Schiffen, die vor der Front im Osten Fliehende über die Ostsee nach Schleswig-Holstein brachten. Die „Cap Arcona" hingegen hatte am 3. 5. 1945 7000 Häftlinge und Wachmannschaften des evakuierten KZ Neuengamme an Bord. Sie wurde, irrtümlich, von Alliierten bombardiert. Bei beiden Katastrophen bemühten sich die Schiffe der deutschen

Marine um Rettungsmaßnahmen, jedoch sehr unterschiedlich: Während sie unterschiedslos von der „Wilhelm Gustloff" 1252 Menschen retteten, gibt es für den Untergang der „Cap Arcona" Belege, daß Marineangehörige sich bemühten, lediglich SS-Wachmannschaften zu retten. KZ-Häftlinge wurden teilweise noch auf See erschossen! Wahrlich kein Ruhmesblatt für die deutsche Kriegsmarine, die, so eine Verlautbarung der Landesregierung am 30. 1. 1985, bei der Evakuierung der deutschen Bevölkerung im Osten Deutschlands *„1945 eine der größten Rettungsaktionen unseres Jahrhunderts durchgeführt habe."*

Interessant ist denn auch die verschiedene Bewertung der Gedenkveranstaltungen durch die Landesregierung. Zum Treffen von Überlebenden und Rettern der „Gustloff" entsandte sie die Ministerin Gräfin von Brockdorff. Sie erklärte u. a.: *„Die 40jährige Wiederkehr und die Rückschau auf die schrecklichen Kriegsereignisse und Kriegsfolgen des Jahres 1945 machen uns noch einmal bewußt, wie viel Not und Elend durch die Kriege (!) über die Menschen gebracht wird. Tragödien wie die der ‚Wilhelm Gustloff' darf es in Zukunft niemals mehr geben."*

Das Gedenken an die Opfer der „Cap Arcona" erschien offenbar als nicht ganz so wichtig. Die Landesregierung ließ sich vertreten vom parlamentarischen Vertreter des Innenministers, dem Landtagsabgeordneten Hans-Joachim Zimmermann. Dieser sprach denn auch lediglich von einer Katastrophe; Morde durch Marineangehörige fanden keine Beachtung. Sie hätten wohl auch den schleswig-holsteinischen Gedenkschwerpunkt *„Rettung über die Ostsee"* zu sehr in Frage gestellt. Zimmermann führte aus: *„Die Katastrophe, die sich in der Lübecker Bucht hier vor Neustadt ereignete, gehört mit zu den furchtbarsten des letzten Weltkrieges. Sie ist in ihrer Maßlosigkeit des Leidens und Sterbens wohl nur denen vorstellbar, die sie miterlebt und unauslöschlich in der Erinnerung behalten haben."*

Daß in der regierungsamtlichen Presse Erwähnung fand, daß der KZ-Transporter ursprünglich ein *„Luxusdampfer(s)"* war, wollen wir als Zufall werten. Und der Landesregierung zugute halten wollen wir auch, daß sie nicht nur Zimmermann entsandte, sondern auf dem Waldfriedhof Timmendorfer Strand und auf dem Friedhof in Gronenberg-Neukoppe zum Gedenken an die Cap-Arcona-Opfer durch den Ministerialrat Hans-Jürgen Harbeck Kränze niederlegen ließ. – Im übrigen im Eilschritt, denn der Mann hat viel zu tun: Am 3. 5. 1985 um 10.15 Uhr sah das Protokoll Timmendorfer Strand vor, um 10.30 Uhr bereits Gronenberg-Neukoppe.

Ein letzter Vergleich, der die Akzentuierung des Gedenkens durch die Landesregierung aufzeigt: Dieselbe Landesregierung, die 1981/82 nicht 500000 DM bereitstellen wollte, um eine von der unverdächtigen „Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte" initiierte Ausstellung zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein zu ermöglichen, unterstützt inzwischen durch Schirmherrschaft und langfristig gebundene Beträge das im Entstehen befindliche „Pommernzentrum". Es

fand bereits die *„Glockenweihe"* statt. Originalton aus dem Werbeprospekt „Pommernzentrum": *„Die alte Pommernglocke wurde 1496 für das Dorf Lasbeck im Kreis Regenwalde gegossen. Sie überstand die Kriegswirren und wurde der Pommerschen Landsmannschaft durch die Familie von Bismarck gestiftet. In der Kirche des Pommernzentrum wird sie bald zum Gottesdienst rufen."*

Nun gut, es mag eine sinnvolle Sache sein. Vor allem, wenn sie sich, im Gegensatz zu Ausstellungen, die nur in unseliger Vergangenheit rühren, zukunftsorientiert gibt. Noch einmal aus dem Prospekt zum Zweck des gemeinnützigen Zentrums: *„Hier wollen die Pommern einem Stück ihrer Heimattradition ein neues Zuhause schaffen. Ihre Kultur und Geschichte – ein fester Bestandteil der historischen Entwicklung des Ostseeraumes – wird hier gewahrt und weitergegeben. Zugleich wollen wir an der Zukunft Europas mitbauen – am Frieden, an der Freiheit und an der Ausdehnung der Selbstbestimmung auch auf Pommern."*

„Ausdehnung der Selbstbestimmung", ein bis dato ungebräuchlicher Terminus, den es mit Leben zu füllen gilt. Ob sich aber gerade die *„seniorenfreundlichen Wohnungen und Appartments der Eigentums-Wohnanlage"* als Schwellkörper der Freiheit eignen, mag vorsichtig bezweifelt werden.

Vertriebene

Landesregierung und Landtag verzichteten im Gegensatz zum Deutschen Bundestag auf eine Veranstaltung zum 8. 5. 1945. Während sich Richard von Weizsäcker um eine differenzierte, für alle Deutschen sprechende Würdigung der Kapitulation bemühte und gleichzeitig von Befreiung, Trauer und Scham sprach, ging das offizielle Schleswig-Holstein dem Tagesgeschäft nach, sieht man einmal von der SPD-Landtagsfraktion ab, die ihre Sitzung nach Kaltenkirchen verlegte (s. u.). Dieses Defizit deutet aber auf keine grundsätzliche Abstinenz bezüglich des 8. Mai; denn Landesregierung und Landtagspräsident hatten bereits, auf ihre Weise, des Kriegsendes gedacht: Im Rahmen der vom „Landesverband der vertriebenen Deutschen" veranstalteten Gedenkfeiern in Laboe und Kiel unter dem bezeichnenden Motto: *„Vierzig Jahre Flucht und Vertreibung – Treue zu Deutschland – Rettung über See"*.

Das war eine Feier, auf der Klarheit herrschte, auf der man Minderheiten – wie ehemalige KZ-Häftlinge und Ausländer, wie Millionen sowjetischer Bürger – nicht berücksichtigen mußte. Klare Linie: Wir feiern Leistung und Opferwillen der Deutschen Marine, wir feiern die zwei Millionen Überlebenden und wir gedenken der 25 000 Toten. Was interessieren die Ursachen der Flucht, das Erlebnis der Rettung bietet genug Stoff fürs ehrenvolle Gedenken. Aus dem Programm:

„Choral
‚Ich hab' mich ergeben'
Totenehrung
Kranzniederlegung
‚Ich hatt' einen Kameraden'
Schweigeminute
Nationalhymne
Marinemusikkorps Ostsee
Militärpfarrer Otto Nast
Glocke und ‚Seite'
Marinemusikkorps Ostsee
‚Abpfeifen'

Rundgang durch die Ehrenhalle, dabei Ablegen der Blumengestecke

Marinemusikkorps Ostsee unter der Leitung von K. K. Wenzel Ehrenzug der Bundesmarine."

Eines springt sofort ins Auge: Was hat denn die Bundesmarine mit der *„Rettung über See"* zu tun? Wird hier von untergeordneter Stelle eine Traditionslinie zur nationalsozialistischen Kriegsmarine gezogen, die in allen Verlautbarungen des Bundesministeriums für Verteidigung und im geltenden Traditionserlaß der Bundeswehr explizit verneint wird? Von untergeordneter Stelle kann nicht die Rede sein. Programmauszug:

„Für die Bundesmarine spricht Befehlshaber Territorialkdo/ Deutscher Bevollmächtigter im Bereich AFNORTH Konteradmiral Dieter Ehrhardt."

Und Ehrhardt begründete laut Berichterstattung der Kieler Nachrichten vom 4. 3. 1985 seinen Auftritt wie folgt: *„Ehrhardt sagte, er trete als Staatsbürger in Uniform auf, um einen Beitrag zu leisten, das Geschichtsbewußtsein des Volkes zu vertiefen, und um zu helfen, eine Wiederholung der Ereignisse vor 40 Jahren zu vermeiden."*

Was Ehrhardts Uniform mit dem *„Geschichtsbewußtsein des Volkes"* zu tun hat, haben die Verfasser bis heute nicht ergründen können. Eines meinen sie hingegen sehr wohl erkennen zu können, nämlich eine von führender Stelle konstruierte Verbindungslinie der demokratischen und ausschließlich der Verteidigung dienenden Bundesmarine zur nationalsozialistischen Kriegsmarine. Ehrhardt war nicht allein gekommen. Neben ihm sprach die Totenehrung Militärpfarrer Otto Nast. Und dieser ging derart ins ‚Eingemachte', daß selbst unter dem erlauchten heimatvertriebenen Publikum ein Kopfschütteln einsetzte. Die Kieler Nachrichten:

„Nast sprach von ‚Heldentum' und ‚heiliger Verpflichtung' der Wehrmacht. Die Soldaten seinerzeit hätten ihr Herzblut dahingegeben, ‚damit wir leben sollen'."

Komm Herr und segne mein Gewehr! Kann es da noch wundern, daß das offizielle Programm das Deutschlandlied in allen drei Strophen vorsah (und abdruckte)? Daß eine Kritik der – der Veranstaltung ferngebliebenen – Sozialdemokraten von Staatssekretär Behnke in einer Pressemitteilung als *„propagandistische(s) Trommelfeuer der Opposition gegen die (!) in Schleswig-Holstein lebenden Heimatvertriebenen"* bezeichnet wurde? Schließlich hatte kein geringerer als Ministerpräsident Dr. Dr. Barschel die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernommen und hielten Landtagspräsident Rudolf Titzck und Sozialminister (!) Gräfin von Brockdorff Ansprachen. Der Vertriebenensprecher Petersdorf begründete im Verlauf der Veranstaltung noch einmal deren Intention. Kieler Nachrichten: *„Die Vertriebenen und Flüchtlinge hätten das selbstverständliche Recht, ihrer Toten zu gedenken. Ebenso selbstverständlich sei es für sie, die Untaten des Dritten Reiches genauso zu verurteilen wie die Verbrechen an Deutschen während der Flucht und Vertreibung".*

Das ist es, was uns, Inhaber der *„Gnade der Spätgeburt"*, so stören will: Die Gleichmacherei von Unvergleichbarem. Es stört uns auch, wenn z. B. die Jungsozialisten der Lübecker SPD in einer Sonderveröffentlichung ‚Notwendigkeiten' bemühen: *„Trotz allem Leid und aller Not, die dieses mit sich brachte, war die Umsiedlung eine notwendige Konsequenz aus dem faschistischen Raubkrieg."*

Aber schlimmer als dieser unüberlegte Umgang mit historischen Rechtfertigungen ist die Gleichsetzung von KZ-Opfern und Flüchtlingstoten, indem die Dimensionen Schuld und Ursache, ja der historische Ablauf überhaupt völlig außer acht gelassen werden. Bei der Trauer um jedes Leid und jeden einzelnen Tod muß es ein Unterschied bleiben, ob es sich um ein Vernichtungsopfer aus Auschwitz oder ein Opfer der Flucht am Ende eines verbrecherischen Krieges handelt! Die nationalsozialistische Herrschaft hatte beides gebracht, Auschwitz und Flucht bzw. Vertreibung. Wer Verbrechen sowjetischer Soldaten beklagt, der muß aber zuvor von der deutschen Ostfront, von den Abermillionen sowjetischen Opfern des deutschen Überfalls und deutschen Mordens, von den Gefühlen sprechen, die 18jährige Sowjets bei der Befreiung von Auschwitz, Treblinka ... empfunden haben mögen. Die ‚Vertriebenen', für die Petersdorf sprechen konnte, haben die vergangenen vierzig Jahre schlecht genutzt. Zumindest nicht zum Nachdenken.

Aber das gilt natürlich nicht nur für ‚Vertriebene'. Ein gewichtiges Indiz für das Niveau der ‚Verarbeitung' sind massenwirksame Veröffentlichungen zum Thema Nationalsozialismus. Das Holocaust-Spektakel mit seinen unseligen Debatten steckt noch in den Knochen: nach zahllosen filmischen Beiträgen, unter ihnen viele wertvolle, mußte erst eine Hollywood-Klamotte den Nationalsozialismus auf die familiäre Ebene reduzieren, um am Platz des Geschehens Betroffenheit – und Abwehr – zu erzeugen.

Die Flut wissenschaftlicher und populärer Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus, gerade im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der ‚Machtergreifung' im Januar 1983 gab es eine fast unüberschaubare Zahl neuer Bücher und Broschüren, und die Fernsehanstalten strahlten über 200 Beiträge verschiedener Art zum Themenkomplex ‚Nationalsozialismus' zwischen Herbst 1982 und Frühjahr 1983 aus, konnte bezeichnenderweise nicht annähernd die Aufmerksamkeit der ‚Öffentlichkeit' in Beschlag nehmen wie die ‚Holocaust-Serie'.

Landespresse

Aus Anlaß des Kriegsendes vor 40 Jahren finden sich im Frühjahr 1985 in der Landespresse eine Reihe unterschiedlicher ‚Sonderbeiträge': Da sind einmal von Wissenschaftlern verfaßte Artikel, die v. a. durch eine ‚Schilderung des Faktischen' die Ereignisse ins Gedächtnis zurückrufen bzw. neu erschließen. Dazu zählt die bereits o. g. Serie von M. Salewski in den Kieler Nachrichten. Hervorzuheben ist weiterhin ein längerer Beitrag von Detlef Korte in den KN vom 3. 5. 1985 über das

„Arbeitserziehungslager Nordmark" sowie eine Artikelserie von Klaus Bästlein in den Husumer Nachrichten unter der Überschrift „Schleswig-Holstein im Krieg". Beide stellen einen Auszug aus ihren Forschungsarbeiten in verständlicher Form vor. Sehr ‚beliebt' in der Heimatpresse sind Erlebnisberichte von ‚Zeitzeugen' unter dem Motto ‚Wie ich das Kriegsende erlebte'. Sie finden sich in allen größeren Tageszeitungen unseres Landes. Natürlich kommen hier ‚normale Opfer' zu Wort, keine Menschen, die die Befreiung aus KZs erlebten.

Und dann erschien noch eine 49teilige, man glaubt es kaum, Serie im Flensburger Tageblatt, unter dem Titel „Der große Treck über die Ostsee . . .". Der Verfasser Helmut Schön, ein passionierter Sammler aller Informationen über die Evakuierungsmaßnahmen, versteht vor allem eines, erlebnisnah aus der Perspektive des abenteuerlustigen Landsers zu schreiben. Originalton (Flensburger Tageblatt vom 16. 4. 1985):

„Hering nimmt das Megaphon an den Mund:
Achtung – Achtung –
Weg vom Schiff –
U-Boot-Gefahr–
Wir fahren los –
Wir kommen wieder –
Haltet aus –
Wir retten euch . . .!

Nicht alle haben den Kommandanten verstanden. Aber die, die ihn verstanden haben, bekommen plötzlich eine heillose Angst, nun, kurz vor der Rettung, doch noch zurückbleiben zu müssen. Sie klammern sich an die Strickleitern, an Taue, halten die Matrosen fest, wollen noch mit, bitten, flehen, schreien, fluchen. Doch jetzt geht es um Sekunden. In diesem Augenblick meldet der Befehlsübermittler vom U-Boot-Ortungsgerät: ‚Richtung 90 Grad – zwotes U-Boot!' Hering und Zahn sehen sich entsetzt an. Jetzt ist das Unglück vollkommen. Blitzschnell läßt der T-Boot-Kommandant das Funkmeßgerät ansetzen, es besteht kein Zweifel, die Ortung ist einwandfrei: Ein zweites feindliches U-Boot befindet sich gleichfalls in unmittelbarer Nähe – – Wenn nicht blitzartig gehandelt wird, ist die Torpedierung von ‚T 36' mit nahezu eintausend Menschen sicher. Robert Hering trifft den schwersten Entschluß seines Lebens. Hart und klar ertönt sein Kommando: ‚Beide Maschinen 21 sm hart Steuerbord.' Kaum ist der Befehl hinausgegangen, als ‚T 36' auch schon blitzschnell dreht und höchste Fahrt aufnimmt. Das Leben der tausend auf ‚T 36' hängt in diesen bangen Sekunden am seidenen Faden. Es war der letzte Augenblick, denn schon kommen zwei Torpedos angeschossen. Mancher der Schiffbrüchigen mag gespürt haben, daß irgend etwas im Wasser an ihm vorüberrauschte, aber er ahnte nicht, um welche tödlichen Aale es sich handelte."

Wir wollen noch einer Geburt beiwohnen (Flensburger Tageblatt, 18. 4. 85):

„Nun wußte sie: Jetzt kann mir nichts mehr geschehen, jetzt werde ich meinen Sohn geschenkt bekommen, nach einer Nacht, die ich zeitlebens nicht vergessen werde. Dasselbe dachte auch

Dr. Richter. Auch für ihn schien dieses Wunder der Katastrophennacht kaum faßbar. Dem Arzt fehlte alles, was er für eine Geburt brauchte, es war nichts an Bord, weder ein Instrument noch Verbandszeug, noch Medikamente, alles war restlos aufgebraucht. Halb knieend, halb liegend, ohne jedes Hilfsmittel, mit seinen eigenen bloßen Händen, entband er die 21jährige Frau aus Elbing von einem Kind. Es war ein Knabe. Und die Mutter wollte, daß er Leo heißt, weil er auf dem Torpedoboot ‚Löwe' geboren war – – Überglücklich streckte sie die Hände nach dem Arzt aus, ihrem Retter, der die abenteuerlichste Geburt seines Lebens vollbracht hatte."

In diesem Stil über 49 Tage! Ein Pudding von Schmalz, Abenteuer und Schicksal. Wer darüber hinaus über den „Nordschleswiger", die Zeitung der deutschen Minderheit in Dänemark, verfügte, wurde in die Lage versetzt, *„neue Dokumente"* zum Kriegsende zu lesen. Titel eines ganzseitigen Artikels am 4. 5. 1985: *„Nordschleswigs Kriemhild und die sechs Stunden vor den Russen"*. Und am selben Tag im selben Blatt endlich die erlösende Losung in einer weiteren Titelzeile: *„Müßig, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, warum das so kommen mußte und wer daran die Schuld hatte."* Es handelte sich um *„Auszüge aus den Aufzeichnungen der letzten Kriegstage von Generaloberst Georg Lindemann, deutscher Befehlshaber in Dänemark von Februar bis Mai 1945"*.

Wir dürfen zitieren:

„24. April. Besprechung mit den Kommandierenden Generalen, den Divisions-Kommandeuren und den Kommandeuren der Schulen: 1. Taktische und politische Lage in Deutschland äußerst ungünstig. Müßig, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, warum das so kommen mußte und wer daran die Schuld hat. Gebot der Stunde: Nicht die Nerven verlieren und verzagen, sondern vor allem Truppen in einer Disziplin halten. Dann besteht Hoffnung, daß bei den großen Gegensätzen zwischen den Alliierten die Dinge sich doch noch zum Guten für uns wenden, wenn wir auch mit einem Siegfrieden nicht mehr rechnen können."

Welch Scharfsinn!

So etwa mag ein unterliegender Verteidiger einer mittelalterlichen Burg gedacht und empfunden haben. Daß führende Militärs am Ende des Zweiten Weltkrieges so reflektierten hingegen liefert einen Einblick in die Funktionsweise der reibungslosen Maschinerie des Verbrechens. Der kommentarlose Abdruck läßt sich mit dem Begriff der ‚Verniedlichung' kaum noch umschreiben.

Vollständig kommentarlos blieb das Flensburger Tageblatt nun aber doch nicht. Am 8. 5. 1985 erschien der mit -ü- unterzeichnete Kommentar *„Interessenten"*. Er sei seiner Direktheit und Demagogie wegen ebenfalls ausgiebig zitiert:

„Wo man auch hinhört: Die Menschen haben es nach monatelanger Dauer-Konfrontierung mit dem Zweiten Weltkrieg jetzt langsam satt." Es stellt sich dem Leser die Frage, wer die Dauerkonfrontation zu verantworten hat: *„Die Fragen sind berechtigt. Es muß politische Kräfte gegeben haben, die den*

jetzigen Zeitpunkt für geeignet hielten, die Deutschen – aber nur die in der Bundesrepublik – zu demütigen, ihnen eine quasi verbrecherische Erbmasse zu suggerieren und die jahrzehntelange demokratische Bewährung zu vergällen, sie schwach zu machen und geneigt, nach 40 Jahren noch einmal um politischen Ablaß zu bitten." Wer mag sich hinter diesen Kräften verbergen? Natürlich, *„die sowjetische Führung"*, die *„das Unternehmen 8. Mai"* strategisch realisiert. Und, natürlich: *„Unterstützt worden ist die 8.-Mai-Renaissance bewußt oder halbbewußt von linken und linksliberalen Kräften, die in der Bundesrepublik, in Westeuropa oder den USA zwar nicht politisch, aber in den Medien das Sagen haben."* Wer der ‚lange Arm Moskaus' ist, soll nicht verschwiegen werden: *„Brandt weiß, was er will und was er tut. Er ist, was vielen noch immer nicht aufgegangen ist, ein absoluter Meister in der Kunst, seine politischen Ziele durch ein attraktives Geflecht von Worten fast ganz zu verbergen und doch zu befördern. Wir haben das 1969 bis 1972 erlebt, wir erleben es möglicherweise bald wieder. Seine ‚zweite Ostpolitik' bzw. ‚neue Friedenspolitik' kann für die Bundesrepublik Deutschland schicksalhaft werden."* Man sieht, Reaktionären fällt immer etwas ein, wenn auch in geringer Variationsbreite, sich der eigenen Vergangenheit zu entziehen. So ist das nun einmal: „Interessenten".

Parteien

Die Aktivitäten der Parteien zum 8. 5. 45 – ein Gedenktag in der Parteipolitik: das birgt immer die Gefahr des unlauteren Wettbewerbs, der unbilligen Inbesitznahme von Geschichte. Aber die Äußerungen von Parteipolitikern widerspiegeln auch ihr Verhältnis zur Geschichte, zu ihrer Geschichte. In diesem konkreten Fall den Grad der Bewältigung und das Maß der Bereitschaft zur Aufarbeitung. Die drei klassischen politischen Sammelbecken, Sozialdemokraten, Liberale und ‚Christen', hatten im Kontext der sogenannten Machtergreifung auf ihre jeweilige Weise versagt: Sozialdemokraten (und Gewerkschaften) ergaben sich kampflos, Liberale und Christen stimmten gar für das ‚Ermächtigungsgesetzt der Nationalsozialisten'. Indes: Opfer des Nationalsozialismus haben alle zu beklagen, und auf Widerstand können sie auch verweisen, wenn auch beides in erheblich verschiedenen Quantitäten.

Während der ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik war im Zusammenhang mit Widerstand nur vom 20. Juli 1944 die Rede gewesen. Inzwischen sind die umfassenderen Leistungen und Opfer des Widerstandes aus der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hinreichend bekannt. So bekannt, daß es die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung für nötig befand, eigens eine Ausstellung unter dem Titel „Verfolgung und Widerstand 1933–1945 – Christliche Demokraten gegen Hitler" auf Reisen zu schicken. Diese Ausstellung, nach der Eröffnung durch Gerhard Stoltenberg war sie auch in Kiel zu sehen, realisierte subtil, was der rechte Publizist Johannes Groß bereits am 16. 7. 1982 in der FAZ deklarierte: *„Die Linken legen heutzutage größten Wert darauf, daß es nicht nur konservativen, rechten Widerstand gegen Hitler gegeben habe.*

Mit Recht. Es hat linken Widerstand gegen Hitler gegeben, aber vornehmlich als Abwehr der Verfolgung, im Interesse einer Partei und unter dem Gesichtspunkt, daß die falsche Diktatur sich etablieren konnte, die von der Geschichtsphilosophie nicht vorgesehen war. Der moralisch begründete Widerstand gegen Hitler war in der Tat konservativen, aristokratischen Ursprungs: ein Aufstand für Freiheit und Anstand, das Recht des Privaten gegen die Volksgemeinschaft und ihre Brüderlichkeit."

Neben dem Verweis auf eigenen Widerstand überwog in den Verlautbarungen der Landes-CDU das Unbehagen über die Erinnerungsarbeit. *„Man muß die Vergangenheit ruhen lassen", „es ist genug darüber geredet worden"*, das sind Zitate von CDU-Gemeinderatsmitgliedern aus Grömitz, die so laut Kieler Nachrichten vom 6. 5. 1985 ihr Fernbleiben von einer Gedenkveranstaltung am ‚Cap-Arcona-Grab' begründeten. Der Landesvorsitzende Stoltenberg gab zum 40. Jahrestag der Kapitulation eine schriftliche Erklärung ab, die vor allem betonte, der 8. Mai sei kein Feiertag. Kieler Nachrichten am 7. 5. 1985: *„Für die einen, so Stoltenberg, sei es der Tag der Befreiung, insbesondere für Häftlinge in den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen der Hitler-Diktatur. Für die anderen bleibe es der Verlust der Heimat, mit Schmerzen und neuer Gewalt verbunden. ‚Für uns alle bedeutet dieser Tag das Ende des schrecklichen Krieges und zugleich der Beginn der Teilung Deutschlands und Europas', so Stoltenberg."*

Ebenfalls im Rekurs auf die Sprachregelung durch den Ministerpräsidenten Barschel verneinte beispielsweise der Steinburger CDU-Kreisvorsitzende Hans Buhmann in den Elmshorner Nachrichten am 2. 5. 1985, ein *„einheitliches Gefühl der Erinnerung zu verordnen"*. Wer den Versuch einer derartigen Verordnung unternommen habe, darüber schweigt er sich aus.

Völlig unmotiviert und ins Ungewisse schlug die „Junge Union zum 8. Mai" in ihrem Pressedienst:

„Die Junge Union spricht sich mit aller Deutlichkeit gegen jeden Versuch aus, die Schuld für die grausamen Verbrechen, die im Dritten Reich von Deutschen, vor allem gegenüber den Juden, begangen wurden, aus Anlaß des 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 auf die heutige Jugend in Deutschland zu übertragen." Was dieser Einleitungssatz soll und worauf er sich bezieht, läßt die Verlautbarung offen. Nur eines wird deutlich: das Unbehagen der jungen Christdemokraten darüber, daß der 8. 5. überhaupt Anlaß zur Erinnerung gab.

Ganz deutlich sprach der Landtagsabgeordnete Hans Detlev Stäcker aus, wo er die Regisseure der unbehaglichen Erinnerung vermutet: im Osten. Feiern würden von ‚Modeschöpfern' angeregt, die *„uns nach der östlichen Mode einkleiden wollen. Und doch wäre es möglich, daß wir Deutschen diesen Tag wahrhaft feiern, wenn nämlich das ganze deutsche Volk, also auch die in der DDR lebenden Deutschen, an diesem Tag das Recht auf Selbstbestimmung von den Alliierten zurückerhalten"* (zitiert nach: Flensborg Avis, 30. 1. 1985). Sein Geschichtsverständnis gab Stäcker zur Jahreswende 1985/86 im Pinneberger

Tageblatt (am 4.1. 1986) zum besten: *„Der Erste Weltkrieg machte 1917 die rote Revolution in Rußland und damit die Gründung der Sowjetunion möglich. Der Zweite Weltkrieg ließ in seinem Ergebnis die Sowjetunion zur führenden Weltmacht werden. Ein dritter Weltkrieg soll die kommunistische Weltherrschaft bringen."*

In dieser Beliebigkeit wird ‚historisches Denken' zur Farce.

Wenig liegt aus den Reihen der ‚kleinen Parteien' FDP und Grüne vor. Im Pressedienst der schleswig-holsteinischen FDP erhob ihr Landesvorsitzender Wolf-Dieter Zumpfort den 8. Mai 1985 zum *„Tag der Selbstprüfung"*, der Prüfung, wie weit die Bundesrepublik als *„Antwort auf die Gewaltherrschaft"* gediehen sei. Die einzig feststellbare grüne Aktivität stellt ein vom Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Walter Sauermilch unterzeichneter Brief an den, namentlich nicht genannten, Präsidenten des schleswig-holsteinischen Landtags dar: *„Leider häufen sich in Schleswig-Holstein auch noch 40 Jahre nach Beendigung des letzten Weltkrieges immer noch Beweise unbewältigter Vergangenheit... Ich fordere Sie daher auf, ihre Auffassung zu den 3 genannten Fällen darzulegen und, sofern dies ihrem Verständnis von Geschichtsbewältigung entspricht, Entsprechendes zu veranlassen."* – Ein Brief, wie so viele im politischen Alltag; wirkungslos, aber man hat sich erklärt. Eine Antwort werden Sauermilch und Mitarbeiter wohl kaum erwartet haben.

Als einzige Partei in Schleswig-Holstein veranstaltete die SPD eigenständige Gedenkfeiern zum 8. Mai. In zahlreichen lokalen Veranstaltungen kamen vor allem Zeitzeugen zu Wort. *„Geschichte ist nur aus der eigenen Betroffenheit zu begreifen"*, so im Pressebericht über die Eckernförder Veranstaltung. Mit Kranzniederlegungen wie in Norderstedt, Lübeck und am ‚Cap-Arcona-Grab' in Grömitz gedachten Sozialdemokraten der Opfer des Nationalsozialismus. Die SPD-Landtagsfraktion verlegte eine Sitzung nach Kaltenkirchen und besuchte das ehemalige Außenlager des KZ Neuengamme, Moorkarten. Zahllose deutsche KZ-Häftlinge und sowjetische Kriegsgefangene hatten dort ihren furchtbaren Tod gefunden. Der Fraktionsvorsitzende Björn Engholm bei der Kranzniederlegung: *„Versöhnen und verzeihen heißt nicht vergessen. Wenn der Tod all der Menschen, die hier begraben liegen, der Tod all derjenigen, die hier irgendwo in der Nähe verscharrt worden sind, einen Sinn haben soll, dann den der Erinnerung, der Mahnung an uns, daß so etwas nie wieder geschehen darf. Wer die Toten würdigt, tut dies um der Lebenden willen."*

Der SPD-Landesverband war Mitveranstalter des oben berücksichtigten wissenschaftlichen Symposiums. Eine landesweite Veranstaltungsreihe bot in Kiel, Flensburg, Marne und Eutin neben kommentierten Filmaufnahmen und einer kleinen Ausstellung Zeitzeugen, Politiker und den Liedermacher Hans Scheibner auf. Eine Unterschriftensammlung „Aufruf zum 8. Mai 1985" lud zum ‚Nürnberger Friedensgespräch' der SPD.

Der 1. Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Landtags, Kurt Hamer, hatte die Palette der sozialdemokratischen Ver-

anstaltungen mit „Gedanken zum 8. Mai 1985" im Mitgliedermagazin der SPD eingeleitet. Hamer weist in dem Text darauf hin, im Zusammenhang mit dem 8. 5. 1945 zwei weitere historische Daten zu berücksichtigen: den 30. 1. 1933, den Tag der Machtübernahme, und *„den 40. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee. Man könnte auch Dachau nennen und Bergen-Belsen und andere Namen. Diese Daten bilden eine unauflösliche Einheit. Sie sind Ursache und Wirkung. Sie markieren Anfang und Ende."*

Ursache und Wirkung, das historische Aufeinanderfolgen, das sind Faktoren der Auseinandersetzung, die in so vielen Verlautbarungen als defizitär auffallen. Hamer fährt deutlich fort: *„Schlesien ist nicht deshalb verloren, weil es uns von Polen ‚geraubt' wurde, wie uns die Hupkas vormachen wollen. Schlesien ist deshalb nicht mehr ‚unser', weil es durch vielfaches deutsches Unrecht politisch und moralisch verspielt worden ist. Der 2. Weltkrieg begann mit dem deutschen Überfall auf Polen."*

Die bekannte Metapher des Nationalsozialismus als verbrecherisches Gewitter einiger weniger, das ohne eigenes Zutun über ‚die Deutschen' kam, räumt der Verfasser aus, indem er das mehrheitliche deutsche Versagen benennt: *„Festgehalten werden muß:*

- *Was am 30. Januar 1933 geschah, war gewollt oder wurde begrüßt von der Mehrheit der Deutschen. Der Jubel war unüberhörbar, die Fackelzüge waren unübersehbar.*
- *Was am 30. Januar 1933 seinen bösen Anfang nahm, ist zu einem düsteren Kapitel der Geschichte unseres Volkes geworden, das von vielen zu verantworten ist. Es wird auch in Zukunft Teil unserer Geschichte bleiben. Aus ihr kann sich niemand hinausstehlen."*

Auch die unübersehbare, damit schwerer entlastbare lokale Perspektive wird erwähnt. Niemand konnte übersehen, jeder war beteiligt und betroffen: *„Die ‚Machtübernahme' fand auch bei uns statt, in unseren Städten, in unseren Kreisen, in unseren Dörfern.*

- *Vor aller Augen gab es überall viele Handelnde, viele Täter, viele, die mitmachten, viele, die anfeuerten, viele, die jubelten, und leider auch viele, die sich lau und flau einrichteten. Das waren Nachbarn, Arbeitskollegen, Bekannte."*

Hamer verweist im folgenden darauf, daß auch *„die Verfolgten, die Verfemten, die zu Untermenschen Entwürdigten"* Nachbarn und Kollegen waren. *„Sie, die von ihrem Volk und Vaterland Verratenen, sie, die in deutschem Namen Ausgerotteten, starben einen anderen Tod."* Sie starben einen anderen Tod als diejenigen, die als Uniformierte in Schützengräben ‚für Führer, Volk und Vaterland' endeten und derer in jedem Dorf auf Gedenksteinen gedacht wird. Und die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung starben auch einen anderen Tod als diejenigen, die den Bombennächten oder der Vertreibung zum Opfer fielen. *„Die Erinnerung an den 30. Januar 1933 und seine Folgen bewahrt uns am 8. Mai 1985 vor falschen historischen Schlüssen. Den deutschen Zusammenbruch 1945 verantworten*

nicht die Sieger. Sie haben ihn herbeigeführt – ein Akt der Selbstverteidigung, der Selbstachtung und der Befreiung, auch unserer Befreiung.“

Eine Stellungnahme, die den zentralen Aspekten der NS-Herrschaft nicht ausweicht, sondern noch deutlicher und weitgehender als die Rede Weizsäckers ausformuliert auch da, wo es vielen sehr unbequem wird: die mehrheitliche Billigung der ‚Machtergreifung‘; die Anerkennung, daß die Heimat vieler Deutscher ursächlich durch deutsche Politik unwiderruflich verspielt wurde (und neue Heimatsrechte entstanden); die nichtverletzende Betonung der verschiedenen Tode; die Befreiung von Auschwitz durch sowjetische Truppen; zuletzt auch die Erwähnung der Chance eines demokratischen Neubeginns für viele Deutsche. Das ist eine Wertung, die Ansprüchen an Differenzierung und Benennung von Roß und Reiter gerecht wird. Und eine Wertung, die auffordert zur Trauerarbeit in bisher sträflich vernachlässigten Bereichen.

Sonstige

Versuche, nachzuholen, was bisher versäumt wurde, hat es in Schleswig-Holstein im Mai 1985 auch gegeben. Die Veranstaltungen zur ‚Cap Arcona‘ sind ein Beispiel. Die Stadt Kiel setzte in Zusammenarbeit mit Initiativen einen neuen Gedenkstein am – zeitweise fast vergessenen – „KZ Russee“, dem „Arbeitserziehungslager Nordmark“. Die Schwesinger (bei Husum) Gemeindevertretung plant ebenfalls gemeinsam mit einer Initiative, ein Mahnmal am ehemaligen KZ Schwesing zu errichten; allerdings, der Entwurf des Bildhauers Ulrich Lindow scheint dem Landrat nicht zu gefallen. In Husum legten Schüler der Dänischen Schule einen Kranz am Ehrenmal für die Opfer der Außenstelle Engelsburg des KZ Neuengamme nieder. – Begrenzte lokale Aktivitäten gab es überall im Land. Sie komplett aufzuzählen, ist hier nicht möglich. Charakteristische Gemeinsamkeit ist der Versuch, Betroffenheit auszudrücken, verspätete Trauerarbeit zu beginnen. Es verbleibt ein Blick auf die Aktivitäten sonstiger Gruppen und Institutionen in Schleswig-Holstein. Auch er kann nur schlaglichtartig geraten, weil interne Verbandspublikationen sich der systematischen Auswertung weitgehend entziehen. Gewerkschaften berücksichtigten den Jahrestag in ihren Organen. So etwa die ‚Lehrergewerkschaft‘ GEW mit ausführlichen Diskussionsbeiträgen in der Aprilnummer von „Die schleswig-holsteinische Schule“. In der Schulpraxis hingegen wurden engagierten Lehrern von der Administration Steine in den Weg gelegt. Das Pinneberger Schulamt deklarierte mit ministerieller Rückendeckung mittels „Rundverfügung Nr. 7“: *„Vorsorglich weisen wir darauf hin, daß gem. §48 Abs. 4 Schul-G(esetz) Mitgliedern des VVN – Bund der Antifaschisten auf Antrag die Durchführung von Schulveranstaltungen anläßlich der 40. Wiederkehr des Tages der Kapitulation am 8. Mai durch Sie zu versagen ist.“* Den Hintergrund dieses Verbots lieferte die Absicht einiger Lehrer, ehemalige Widerstandskämpfer und NS-Opfer, die heute Mitglieder der VVN sind, als Zeitzeugen im Unterricht befragen zu lassen. – Ein Maulkorb, der deprimiert und empört! Offi-

zielle Verlautbarungen der Kirchen in Schleswig-Holstein liegen nicht vor; Aktivitäten erlangten zumindest keine Medienwirksamkeit. Am 8. Mai 1985 segnete Probst Hasselmann im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Lübecker St.-Marien-Kirche drei neue Glocken ein. Der Bericht der Lübekker Nachrichten gibt nicht wieder, ob der kirchliche Würdenträger auch die drei katholischen Geistlichen Prassek, Müller und Lange sowie den evangelischen Pfarrer Stellbrink aus Lübeck würdigte, die 1943 als Verbreiter verbotener Schriften hingerichtet wurden.

Auch vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund gibt es wenig zu berichten. Er beschränkte sich offenbar auf Reaktionen. So beispielsweise der Landesgeschäftsführer von Leesen in einem offenen Brief an den grünen Abgeordneten Sauermilch, der sich zur Lage in Nicaragua geäußert hatte. Leesen schreibt u. a.: *„Ich verurteile es daher mit genau derselben Vehemenz, mit der Sie eine in Ihren Augen drohende Vergewaltigung des Landes Nicaragua von außen verurteilen, wenn unser Land von fremden Mächten geteilt gehalten wird, wenn ein Drittel unseres Landes mit Waffengewalt okkupiert, die Bevölkerung umgebracht oder vertrieben wurde. Ich lasse auch nicht ab von meiner Forderung, daß diese Teilung Deutschlands überwunden wird und daß der rechtliche Anspruch auf die von sowjetischen und polnischen Truppen eroberten und gegen jedes Völker- und Menschenrecht okkupierte Gebiete aufrechterhalten bleibt."* Ein schleswig-holsteinischer Heimatbund, der sich berufen fühlt, so das ‚Heimatrecht' von Mitgliedern zu vertreten, die seit 40 Jahren Schleswig-Holsteiner sind! Die Verknüpfung von 8. Mai und europäischer bzw. deutscher Teilung sowie Flucht und Zwangsumsiedlung/Vertreibung fällt ja in allen konservativen Stellungnahmen dadurch auf, daß das Ursächliche durch die Ausmalung der Folgen verdrängt wird. Hier wird zudem in durchaus nicht typischer Deutlichkeit dem Gedanken der Revanche das Wort geredet.

Eine andere heimatverbundene Annäherung an den 8. 5. 1945 bietet das „Jahrbuch für Heimatkunde im Kreis Plön". Als Opfer des Nationalsozialismus erscheint in mehreren Beiträgen lediglich die staatskonforme Zivil- und Militärbevölkerung des Kreises. Von Verfolgung, Widerstand und den Opfern der Befreier ist in keinem Aufsatz die Rede. Otto Rönnpag beschreibt den Aufenthalt des Großadmirals von Dönitz im April 1945 am Suhrer See. *„In den elf Tagen waren von Plön aus Entscheidungen gefallen, die mit dazu beitrugen, einen längst fälligen Schlußstrich zu ziehen."* Ein Schlußstrich. Thema durch. Das ist offenbar der hinter vielen konservativen Wertungen stehende Wunsch.

Daß der 8. 5. 1985 auch eine Stunde der Ewig-Gestrigen war, sei nur am Ende vermerkt. Unter der *„wissenschaftlichen Leitung"* – wir würden es Prostitution nennen – von Christian Zentner erschien mit großem Werbeetat in München eine Münzsammlung „Schicksalsjahre 2. Weltkrieg", die siegreiche deutsche Schlachten und heldenhaften Untergang feiert:

„Kriegsausbruch. – Kampf um Polen. – Sieg im Westen. –

Kampf um Frankreich. – Helden von Narvik. – Kampf um Norwegen. – Bombenterror. – Luftkrieg über Deutschland. – Ehrenvoll unterlegen. – 8. Mai 1945 Kriegsende."

Die neonazistische „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" konnte immerhin in den Kieler Nachrichten am 8. 5. 1985 eine große Anzeige plazieren, die u. a. beinhaltet: *„Denn der 8. Mai 1945 brachte die Zerstörung des Deutschen Reiches und Raub deutschen Landes, die bedingungslose Unterwerfung des deutschen Volkes unter den Siegerwillen, millionenfache Verbrechen an deutschen Menschen, Teilung unseres Volkes und die Schändung des Andenkens an unsere gefallenen Soldaten.*

Kein 8. Mai 1945 bis in alle Ewigkeit – sondern:

Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!"

Ergebnis

Wie ist nun der oben skizzierte Versuch, sich aus einer inhaltlichen Debatte um die Probleme des 8. Mai und der historischen Kontinuitäten in Deutschland herauszuhalten, zusammenfassend zu beurteilen? Der fünfzigste Jahrestag der sogenannten Machtergreifung am 30. Januar 1983 hat gezeigt, daß die Landesregierung keinesfalls prinzipiell darauf verzichtet, einen inhaltlichen Rahmen für historische Gedenktage abzustecken. Der Vortrag von Professor Karl Dietrich Erdmann am 25. Januar 1983 im Landtag wie auch der Vortrag von Uwe Barschel am 29. Januar 1983 im Kieler Schloß auf einer Veranstaltung der „Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte" drücken den Versuch aus, Eckpunkte konservativen Geschichtsbewußtseins im Lande zu verankern. Die Rede Erdmanns ist ein besonders prägnantes Beispiel dafür, öffentlich Normen für das historische Bewußtsein setzen zu wollen. Nicht nur der Landtag als Ort der Rede, sondern auch die Verbreitung in der Schriftenreihe „Der Landtag – Texte" sowie die ausführliche Würdigung in der Landespresse in Verbindung mit der wissenschaftlichen Reputation sowie der Aura der Objektivität/Unparteilichkeit Erdmanns machen den offiziellen Charakter der Rede aus.

Die Grundpositionen Erdmanns seien hier noch einmal in Erinnerung gerufen:

1. Die Ausgliederung persönlicher Erfahrung und Verantwortung aus der ‚Vergangenheitsbewältigung'. Erdmann führt aus, man dürfe nicht *„besserwisserisch oder moralisierend überheblich auf jene hinabschauen, die damals keine Ahnung davon hatten, wie das alles enden werde"*.
2. Die Gleichgewichtung der Verantwortung für den Nationalsozialismus in allen Nuancen. Betroffen, sagt Erdmann, sind wir alle durch die Zugehörigkeit zum deutschen Volk, unabhängig von *„sozialen, politischen, konfessionellen Gruppen"*, von denen keine *„aus jenem Zusammenhang von Verursachung und Verantwortung herausgelöst werden kann, der Deutschland ins Unheil geführt hat"*.
3. Das Dogma der *„staatspolitischen Vernunft"* jenseits der sozialen und ökonomischen Interessen. *„Das parlamentarische System funktionierte, solange die Parteien bereit und in der Lage waren, zum Interessenausgleich und Kompromiß zu gelangen."*

4. Die Idealisierung der BRD als Quintessenz der Geschichte.
5. Die Neubemessung des Stellenwerts des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte. Je länger wir uns von den zwölf Jahren des ‚Dritten Reiches' entfernen und je länger sich unser Staat bewährt, desto geringer müsse der Stellenwert des Nationalsozialismus in unserer Geschichte erscheinen, glaubt Erdmann. *„Die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit taucht wieder aus dem dunklen Schatten des ‚Dritten Reiches' auf, der uns so lange den Blick auf ihren Reichtum verstellt hat."*

Für die Bewältigung des Herrschaftsbeginns der Nazis bieten Erdmanns Ausführungen eine einprägsame Typologie, die für folgende Elemente konservativer Geschichtsverarbeitung nützlich sind: Der Verzicht auf individuelle Schuldzuweisung ist besonders in Schleswig-Holstein gefragt, dauerte es doch schließlich seine Zeit, bis die ehemaligen Nazis in Justiz, Verwaltung und Politik gänzlich verschwunden waren. Eine Gleichverteilung der Schuld am Aufkommen des Nationalsozialismus ist ein probates Mittel, die historische Verantwortung des Bürgertums zu kaschieren. Wer den Nationalsozialismus als ein über den Klassen schwebendes Phänomen definiert, kann natürlich politische und soziale Kräfte, ohne deren Interessen auf ihre ökonomischen und sozialen Wurzeln hin zu bestimmen, auf dem imaginären Schachbrett der Weltvernunft und des Zeitgeistes betrachten und ihnen jeweils Fehler vorhalten. Die Rolle des Kapitals wird damit ausgeblendet.

Ein Hinweis, warum uns entsprechende Ausführungen über den 8. Mai weitgehend vorenthalten bleiben, gibt die Bemerkung Erdmanns, daß das Datum 30. 3. 1933 mittlerweile so fern liege, daß *„wir, ohne persönliche Betroffenheit zu wecken, davon reden können"*. Es bleibt also zu fragen, wann der Zeitpunkt gekommen sein mag, daß auch die populäre konservative Verarbeitung des 8. Mai 1945 in Schleswig-Holstein über das Feiern der wiedergewonnenen Freiheit hinausgehen wird. Vielleicht hat ja auch der geplante Mangel an Aktivitäten, die bundesweites Interesse hätten erlangen können, uns davor bewahrt, eine Entsorgung der Vergangenheit à la Dregger auch in Schleswig-Holstein zu erleben.

Für eine zusammenfassende inhaltliche Beurteilung des 8. Mai 1985 in Schleswig-Holstein bietet sich ein Blick in die Kommentare der Landespresse an. Hier kann man, meist auf prägnante Formeln gebracht, konservativen Sinngebungsversuchen nachspüren. Beim 50. Jahrestag der sogenannten Machtergreifung im Januar 1933 konnten sich die Kommentatoren an die Ausführungen Erdmanns und Barschels ‚anlehnen'. Man war um kongeniale Kommentierung bemüht. Hervorragendes Beispiel dafür ist ein Artikel von Erich Maletzke in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung" vom 26. 1. 1983, der, sich direkt auf die Erdmann-Rede beziehend, eine Quasi-Typologie für einen ‚angemessenen' Gedenktag entwikkelte. Die wichtigsten Elemente seien hier noch einmal skizzenhaft in Erinnerung gerufen:

– eine Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ist prinzi-

piell problematisch, übereifriger Umgang sei nicht geboten,
- daher müsse die Aufarbeitung der Geschichte behutsam vorgenommen werden, jeglicher Anklagecharakter solle vermieden werden. *(„Selbst wenig schmeichelhafte Wahrheiten verlieren bei Erdmann ihre anklagende Wirkung.")*
- Die Verantwortung für den Natinalsozialismus tragen in gewissem Maße alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte der Weimarer Republik. Niemand habe das Privileg des Vorwurfs.

Dieser Tenor durchzog 1983, mehr oder weniger elegant formuliert, die Landespresse.

1985 konnten die Leitartikler in Schleswig-Holstein auf weniger konsensbildende Ausführungen der offiziellen Instanzen zurückgreifen. Trotzdem finden sich hier komprimiert die diversen oben untersuchten Tendenzen wieder: Die ‚Zerredungs-Gefahr' (Barschel) ist nach E. Maletzke (Kommentar: „Der Tag", „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung" vom 8. 5. 1985) voll durchgeschlagen. *„Noch nie wurde jedenfalls ein Gedenktag derart emotionsgeladen zerredet..."* Er werde *„mit kaum glaublicher Penetranz... an den Rand der Lächerlichkeit"* gerückt. Was gäbe man für einen konfliktfreien harmonischen Gedenktag?! *„Es fehlt der Grundkonsens, weil Einzelinteressen mächtiger scheinen als deutsches, selbstmitverschuldetes Schicksal..."* schreibt Wolf Ullmann im Leitartikel (unter der Überschrift „Typisch deutsch") der „Kieler Nachrichten" vom 17. 1. 1985. Hier entsteht aufs neue der Gedanke eines einheitlichen Mitverschuldens, der gleichen Schuld aller. *„Der Tag war übergeordnet das Ende einer Katastrophe für das ganze deutsche Volk, nicht nur für einzelne Institutionen oder Organisationen. Deswegen ist es abwegig, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu begehen, wie es DGB-Chef Breit verkündet hat."* Eine ‚Katastrophe' für alle – gleichermaßen? *„Der 8. Mai bleibt ein gesamtdeutscher Schicksalstag..."* Die Unfähigkeit, den Nationalsozialismus als etwas anderes als einen ‚Schicksalsschlag' zu empfinden, die Verwischung von Ursache und Folge, das Leugnen von antagonistischen sozialen und politischen Interessen ist eine Konstante konservativer Entsorgung der Vergangenheit, die heute, so scheint es, fester denn je als Fels in der Brandung kritischer Geschichtsschreibung und Vergangenheitsbewältigung steht. Da nimmt es denn auch kaum Wunder, daß die ‚deutschnationale' Zuspitzung dieser Tendenzen, wenngleich im ‚religiösen Mantel", in der „Landeszeitung" vom 4. 5. 1985 in dem Kommentar „Auf dem Wege zum 8. Mai" von Pastor Ernst Fischer zum Abdruck kommt, der fordert: *„Über Gräben sollen alle Unterschiede aufhören, auch die Trennungen, die durch große Schuld und unermeßliches Unrecht entstanden sind."* Diese Einebnung von Verantwortung und Schuld führt dann zu einer Gleichsetzung von Dachau und Bitburg als mahnende ‚Totenfelder'. *„Und nun hat der amerikanische Präsident vor, zusammen mit dem deutschen Bundeskanzler dieses Totenfeld* [Bitburg] *zu grüßen. Ich kann nicht anders, als das mit einem großen dankbaren Staunen aufzunehmen."*

Die Pointierungen der Entsorgungsstrategien bei der Vergangenheitsbewältigung sind sehr verschieden. Kurt Dittrich weist in seinem Kommentar *„Seltsam"* („Landeszeitung", 9. 5. 1985) auf die *„anderen Deutschen"* in der DDR und Österreich hin, die sich um das Ertragen der *„Hypotheken der Hitler-Zeit"* drücken würden. Auch solle man die *„Sowjets"* nicht vergessen, *„die Hitlers Krieg anfangs begrüßt"* hätten.

In diesen Zusammenhang gehören auch die „Rettung über See"-Feiern. Sie markieren einen wichtigen Gesichtspunkt, die Mär von tapferen Soldaten und genialen Planern im Generalstab wird wiederbelebt, zur Rehabilitierung der deutschen Generalität herangezogen, ihre Verantwortung für den Vernichtungskrieg vertuscht. Die Ehrenbezeugungen führender Landespolitiker für die Kriegsmarine sind die in Schleswig-Holstein sichtbarste Variante. Wen wundern da noch neopatriotische Ausfälle à la Dregger, der in seinem Brief an die US-amerikanischen Senatoren seinen Stolz darüber ausdrückt, noch am letzten Kriegstag gegen die Rote Armee gekämpft zu haben. Wie gern würde man die Waffenbrüderschaft mit den Amerikanern rückwärtig verlängern. Allein, da spielt nicht einmal Reagan mit. Helle Empörung kam auf, als Norbert Blüm formulierte: *„Ob einer im KZ Hitler gedient hat oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus. Das KZ bestand schließlich nur so lange, wie die Front hielt."* Die von Historikern in den letzten Jahren vorgelegten Untersuchungen über die Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen waren selbstverständlich keine Themen öffentlicher Erörterungen. Geht man mit dem ‚Vorher' des 8. Mai möglichst behutsam um, so werden auf der konservativen Seite zum ‚Danach' kräftig die verbalen Trommeln geschlagen: die *„schwerste Bürde"* des deutschen Schicksals sei *„die Teilung des Vaterlandes"* (Ullmann). Von der deutschen Teilung wurde lange nicht mehr so häufig gesprochen wie 1985. Die politische Debatte um das ‚Wiedervereinigungsgebot' in der Präambel des Grundgesetzes bildete das aktuelle Salz einer kräftigen Suppe, die bundesweit angerührt wurde.

„Sie (die DDR, d. V.) *tauschte eine diktatorische Ideologie gegen eine andere aus"* (Ullmann). Die Gleichsetzung kommunistischer und nationalsozialistischer Herrschaft ist ein weit verbreitetes, gern benutztes und in vielerlei Variationen existierendes Mittel, die Ursachen und Wurzeln des Nationalsozialismus zu vertuschen. Auch im Mai 1985 lassen sich Belege und Zitate dafür finden, die mehrere Seiten füllen. An dieser Stelle soll nicht zum wiederholten Mal die Totalitarismustheorie diskutiert werden. Festzuhalten bleibt, daß sie ein wichtiges Transportmittel antikommunistischer Ideologie ist und zur Relativierung des Nationalsozialismus funktionalisiert wird.

Der Versuch einer grundsätzlichen Neuzuordnung der Jahre 1933–1945 in der deutschen Geschichte ist seit geraumer Zeit zu beobachten. Die Rede Erdmanns im Sommer 1983 vor dem Landtag war dafür nur ein Beispiel. Ob Erdmann davon spricht, daß der Stellenwert des Nationalsozialismus in unserer

Geschichte nun bald kleiner erscheinen müsse, ob Salewski in seinem Vortrag auf dem Beiratssymposion dem 8. Mai 1945 seine *„eigentümliche Dignität"* zurückgeben möchte, die jenseits des *„politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Selbstverständnisses der Gegenwart"* liege, kommt auf dasselbe heraus. Die ‚geistesgeschichtliche Wende' hat Prof. Hermann Lübbe im Januar 1983 in einer Rede im Reichstag in Berlin anläßlich des 50. Jahrestages der Machtübernahme der Nationalsozialisten einzuleiten versucht. In einer wohl nur in Fachkreisen bekanntgewordenen Rede hat er darauf hingewiesen, daß die Diskretion und Versöhnungsbereitschaft, mit der großmütige Nazigegner ihren belasteten Landsleuten in den 50ern und frühen 60ern begegnet seien, zurückgewonnen werden müsse. Aus der Attitüde der entlarvenden Kritik, die in den späten 60er Jahren bei der Behandlung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Mode gekommen war, müsse nun die überfällige Rückkehr zur ‚Normalität' in die Wege geleitet werden. Ein behutsamer Umgang mit der NS-Geschichte sei unbedingt erforderlich. Ein Neuaufrollen bedeute, die nationalsozialistische Vergangenheit in das politische Gegenwartsbewußtsein zu heben und damit die Stabilität unserer Republik zu gefährden. Diese zugespitzten Thesen, die von ihren Kritikern als *„Entsorgung der Vergangenheit"* verzeichnet wurden, scheinen mittlerweile Eingang in konservative Gedenktagkonzeptionen gefunden zu haben. Als ein Beispiel von vielen für diese Tendenzen steht die oben zitierte Aussage von Kultusminister Bendixen, dem die NS-Geschichte im Schulunterricht überrepräsentiert erscheint. Sehen wir diese Äußerung im Zusammenhang mit den o. g. ‚Mahnungen' Barschels, den 8. Mai nicht zu zerreden, so ergibt sich der zwingende Eindruck, die führenden Landespolitiker, sprich Landesregierung, halten die Aufarbeitung des Nationalsozialismus für abgeschlossen. Der ständige und beharrliche Diskurs über diese Probleme wird angesichts solcher Entwicklungen zur wichtigen Aufgabe aller, die gegensteuern können.

Ein weiterer Bereich soll erwähnt werden, der zeigt, daß sich die Thematik 8. Mai unter den gegebenen Umständen einer ‚einheitlichen Würdigung' entzieht: Die Beiträge Hoffmanns und Beiers auf dem Beiratssymposion haben unterstrichen, daß im Hinblick auf das Jahr 1945 bei den ‚Meinungsträgern' in Wissenschaft und Politik eine Verknüpfung zwischen individuellem Erleben und wissenschaftlicher bzw. politischer Verarbeitung besteht. Das gilt im Prinzip für alle ‚Überfünfzigjährigen'. Die bewußte Verknüpfung heutiger Aufarbeitung mit den subjektiven Erfahrungen der eigenen Geschichte birgt die Tendenz zur Rechtfertigung und/oder zur Anklage, die aber nicht nur Verdrängung auf die Tagesordnung setzen kann, sondern auch produktiven Streit. Und sie zeigt, daß es ein identisches Erleben nicht geben kann. Das bedeutet nicht, es der Beliebigkeit Preis zu geben. Die damit verbundene Gefahr spricht Jürgen Habermas in der „Zeit" vom 17. Mai 1985 an: *„Noch aufdringlicher ist der unter Älteren zu beobachtende Wunsch, das subjektive Erleben von damals aus jenem Rahmen*

herauszulösen, der retrospektiv alles mit einer anderen Bedeutung versehen hat. Diese Sehnsucht nach dem scheinbar unverfälscht Eigenen hat ja... das Fernsehen mit uneingerahmten Erinnerungen bedient – mit Erinnerungen an Alltag, Tingeltangel, Abenteuer und Kampf, die vom schonenden Kommentar fast ganz unbelästigt bleiben." Festzustellen bleibt, daß viele Chancen der Befragung der älteren Generation nicht genutzt werden. Gerade die Generation, die sich ‚traut', Vergangenheit zu thematisieren, da sie nicht mehr die Eltern- bzw. Erwachsenengeneration von ‚33 bis 45' ist, sondern die HJ-, die BdM-Generation, hätte es verdient, zu mehr als lediglich Anekdotischem herangezogen zu werden.

Der Streit um Inhalte wird sichtbar an den Auseinandersetzungen um die Begriffe, die den 8. Mai fassen sollen. Befreiung – Katastrophe – Niederlage – Neubeginn. Über Versuche, diese Begriffe zu ‚besetzten', ist oben einiges gesagt. Nicht zu bezweifeln ist wohl, daß für die Mehrheit des deutschen Volkes 1945 der 8. Mai als eine Niederlage, für eine Minderheit als eine Befreiung empfunden wurde. Nur befreit uns das nicht davon, die Ereignisse dann, wenn sie sich zu einem ‚Gedenktag' verdichten, einer Bewertung aus der Distanz auf der Grundlage heutigen Wissens und heutiger Maßstäbe zu unterziehen. Auf einer derartigen Basis müßte die oben von uns vorgegebene Meßlatte in der Bundesrepublik des Jahres 1985 eigentlich zum Minimalkonsens gereicht haben; – daß sie es nicht tat, hat diese Dokumentation an vielen Stellen gezeigt. Der Anspruch aber bleibt: H. Lehmann hat in seinem Symposionsbeitrag die Notwendigkeit betont, heutige Maßstäbe und heutiges Wissen auch in entsprechende Begriffe zu kleiden. Sein Vorschlag, von *„Befreiung"* und *„Chance zur Versöhnung"* sowie *„Offenlegung der Schuldenbilanz"* und *„Chance zur Wiedergutmachung"* zu sprechen, ist ein diskutierenswerter Ansatz, gerade weil er programmatischen Charakter hat. Dieser besteht darin, sich dem Problem 8. Mai in der Diskussion zu stellen. Insofern unterscheidet er sich von den vielen ‚gutgemeinten' Versuchen, eine ‚Ausgewogenheit' oder gar eine Beliebigkeit des Zugriffs auf das Jahr 1945 herzustellen. Er konterkariert die Tendenz, sich auf eine *„persönliche Gewissensbilanz"* zurückzuziehen.

Die Debatte, ob man den 8. Mai ‚feiern' solle oder nicht, hängt eng mit dieser Frage zusammen. Polemisch zugespitzt hat Eva Demski in einer Rede für 13. Römerberggespräche über „politische Kultur – heute?" – ausgeführt: *„Aber, sagten viele in diesem Land, es sei doch eben die Niederlage gewesen, und die feiere man überhaupt nicht. Und wollen nicht einsehen, daß der damals gern zitierte Satz: ‚Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen', nur ein wenig umgedreht zu werden braucht – und dann stimmt er. Aber dann klingt er nicht mehr so gut. Ich plädiere also für eine Beibehaltung des 8. Mai in Gestalt eines weiteren arbeitsfreien Tages."* („Frankfurter Rundschau" vom 14. 6. 86.) Ein nicht weniger provozierender Kommentar findet sich im „Flensborg Avis" vom 30. Januar 1985: *„Wenn die Westdeutschen nicht einmal den Wunsch haben, den 8. Mai*

mit denen zu feiern, die sie von Hitlers Tyrannei befreiten, wieviel Vertrauen kann man dann zu diesem deutschen Staat haben in bezug auf seinen Willen, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmungsrecht – auch für andere zu verteidigen?" Und im „Nordschleswiger" vom 4. Mai 1985 heißt es: *„Die Verbrechen der Nazizeit sollen nie vergessen werden, aber welche Hoffnung haben die jungen Deutschen eigentlich südlich und nördlich der Grenze, wenn man nicht endlich zur Kenntnis nimmt, daß sie aus den Fehlern der Geschichte gelernt haben?! Sie möchten in den Maitagen auch gern jubeln: Schließlich wurden sie doch befreit!"*

Solche ‚Eskapaden' sind im Lande Schleswig-Holstein doch eher Randerscheinungen. Lassen wir hier noch einmal E. Maletzke zu Wort kommen: *„Moral wird überall in der menschlichen Gemeinschaft benötigt. In der Familie und am Arbeitsplatz, aber an keiner Stelle ist sie derart dringend erforderlich wie in der Politik, und dort vor allem bei den Regierenden. Erobert sich, mit wessen Unterstützung auch immer, ein Unmensch mit seinem ebenso skrupellosen Anhang die Spitze eines Staates, kann nur eine Katastrophe die Folge sein, wie sie 1945 ihr Ende fand. . . . Das Hauptziel der Gedenktage muß darin bestehen, den Menschen in aller Welt mahnend vor Augen zu halten, wohin es führt, wenn der Rechtsstaat verkommt und sich die Staatsspitze in einen verpesteten Sumpf verwandelt. Dies zu verhindern, sollte sich jeder Bürger zur leidenschaftlichen Pflicht machen. An jedem Tag, aber besonders an einem Tag wie dem heutigen."* Die Orientierung der historischen Lehre auf den Rechtsstaat klingt gefällig, nur geht sie am zentralen Problem vorbei. Wenn bis auf den heutigen Tag kein Richter des Volksgerichtshofs verurteilt wurde, weil nicht Unrecht sein könne, was damals Recht war (der Fall Filbinger als Spitze eines Eisberges mag manchem noch im Gedächtnis sein), so wirft das ein bezeichnendes Licht auf die abstrakte Konstruktion ‚Rechtsstaat'.

Die ausgiebig zitierten Kontroversen um den 8. Mai drehen sich ja nicht allein um Historie, sie sind Bestandteil aktueller politischer Auseinandersetzungen, ja im Kern geht es auch um das ‚Morgen', um gesellschaftspolitische Optionen jenseits der alten Werte und Kontinuitäten, denn die Verarbeitung des 8. Mai 1945 bedeutet nicht nur, die totale Niederlage des Nationalsozialismus in Deutschland zu würdigen; gerade derjenige, der sich der Arbeiterbewegung und Demokratie verbunden fühlt, wird sein Augenmerk auf die Versäumnisse, Schwächen und Fehlentscheidungen der demokratischen Linken nach 1945 lenken müssen.

Zentrale Forderungen der damaligen Zeit sind bis auf den heutigen Tag nicht eingelöst. Die Realisierung einer Wirtschaftsdemokratie, eine Friedenssicherung, die diesen Namen verdient, sind nur zwei, allerdings gewichtige, Beispiele.

Wenn aus der Verarbeitung besonderer deutscher Geschichte eine besondere Verantwortung auch realer deutscher Politik folgte, dann übrigens könnte man auch überlegen, den Gedenktag zu streichen; dann könnten gedruckte Reflexionen über den Gedenktag Überlegungen zur Zukunft Platz machen.